

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 117 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 10/2004 · VOM 8. OKTOBER 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

6 | **Beigeordnetenwahl
als Machtkampf**
Neue Verhältnisse in der StVV?

7-10 | **Montagsdemos in
Eberswalde**
Dokumentation

12 | **Alternative zum Kapitalismus
oder Elendsverwaltung?**
Tauschring nun auch in Eberswalde

Schlappe für Bürgermeister Schulz

Kommunalaufsicht beanstandete den Zensurparagrafen in der Eberswalder Hauptsatzung

Eberswalde (bbp). Die im April von der Stadtverordnetenversammlung mit einer Gegenstimme beschlossene Hauptsatzung der Stadt Eberswalde muß geändert werden. Die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hat mit Verfügung vom 9. September 2004 »die Regelung von § 19 Abs. 5 S. 4 der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde vom 26.04.2004 (Amtsblatt für die Stadt Eberswalde Nr. 5/2004 vom 03.05.2004, S. 1 ff.) beanstandet und die Stadt Eberswalde aufgefordert, bis zum 29.10.2004 diese Regelung aufzuheben«.

Die beanstandete Regel hatte bereits auf der StVV-Sitzung im April für kontroverse Diskussionen gesorgt. Ein vom Stadtverordneten Gerd Markmann (PDS) eingebrachter Änderungsantrag auf Streichung dieses Passus' war mehrheitlich abgelehnt worden. Inhalt der nun beanstandeten Regelung ist, daß über die Inhalte von Beiträgen der Ortsbürgermeister und Ortsbeiräte für das Amtsblatt der Stadt Eberswalde durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden sei (vgl. »Zensur im Eberswalder Amtsblatt«, BBP 5/2004).

Unmittelbar nach der StVV-Sitzung hatte der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller, dem der Maulkorbparagraf in der Hauptsache galt, diese offensichtliche Beugung geltenden Rechts bei der Kommunalaufsicht angezeigt. Schon bis 10. Mai sollte ursprünglich die Stadtverwaltung dazu Stellung nehmen. Doch der Bürgermeister reichte den Brief der Kommunalaufsicht erst am 17. Mai an die zuständige Stelle der Stadtverwaltung weiter (BBP 6/2004). So kam ein zeitrau-

bendes Verfahren in Gang, daß schließlich zu der o.g. Verfügung vom 9. September führte.

Die Beanstandung der Hauptsatzung – quasi dem Grundgesetz der Stadt – ist eine wichtige Sache, sollte man meinen. Der Bürgermeister sah indes keinerlei Notwendigkeit, die eine Woche später tagende Stadtverordnetenversammlung über diesen Sachverhalt auch nur zu informieren. Dabei verpaßte er sogar die Gelegenheit, den ganzen Skandal einigermaßen unspektakulär vom Tisch zu kriegen. Hatte doch die FDP-Fraktion für die StVV am 16. September eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung beantragt, ohne explizit auf die Hintergründe einzugehen. Ebenso ohne Begründung zog die FDP diesen Antrag dann zu Beginn der StVV-Sitzung zurück.

Die PDS-Fraktion beschloß inzwischen, eine Anfrage zu stellen, in der Aufklärung in dieser Sache gefordert wird. Dem Vorschlag, die Initiative zur Wiederherstellung der Gesetzlichkeit zu ergreifen, folgte die Mehrheit der Fraktion nicht.

Nunmehr steht der Bürgermeister in der Pflicht, zur nächsten StVV-Sitzung selbst eine Vorlage zur Änderung der beanstandeten Hauptsatzung einzureichen.

Geschieht das nicht, hat die Kommunalaufsicht schon angedroht, die beanstandete Regelung gemäß § 125 der Gemeindeordnung aufzuheben, was mit einem weiteren Prestigeverlust für den Bürgermeister verbunden wäre.

Proteste gegen Hartz IV gehen weiter

Trotz Teilnahme an der Großdemo am 2. Oktober in Berlin trafen sich die Eberswalder Montagsdemonstranten bereits am 4. Oktober wieder auf dem Marktplatz in Eberswalde.

140 Demonstranten hörten Ralf Jahnke zu, der die Berlinedemo als Ansporn wertete, die Montagsdemos in Eberswalde fortzusetzen, wie dies zeitgleich in 110 Städten erfolgt. Anschließend trug er ein selbstgeschriebenes Lied zur Gitarre zum Thema Sozialabbau vor.



DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

ANSCHLIEßEND IST EINE DEMONSTRATION DURCH DIE INNENSTADT GEPLANT.

Zweite Zukunft Und gleich noch eine Schlappe

Die Verlierer der brandenburgischen Landtagswahl basteln hektisch an einer Landesregierung. Unbeeindruckt vom Vertrauensverlust will man weitere fünf Jahre regieren. Die Parole lautet: nur keine Fehlerdiskussion! Schnell muß es gehen, damit die Leute nicht über den Murks und die Stümpererei der vergangenen Jahre nachdenken.

Damit verzögern die Sozialdemokraten und die Christdemokraten nur ihre Niederlage. Die Mehrheit der Bürger hat es ohnehin schon begriffen. Diese Parteien haben kein Konzept für die Zukunft des Landes. Sie können nicht einmal ihre eigene Zukunft gestalten. Wenn denen nicht bald etwas einfällt, werden Sie wohl noch den Rest des Vertrauens einbüßen und in die Bedeutungslosigkeit entschwinden.

Welche Gedanken hat die Opposition, namentlich die PDS zur Zukunft? So wie bisher, kann es nicht weitergehen. Das wissen wir. Vom Bundesvorstand dieser Partei war jetzt der Vorschlag für ein neues Steuerrecht zu lesen. Im Kern geht es darum, die Verteilung der Steuern zu verändern und dem Staat zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Damit wir uns recht verstehen, jeder Bürger dieses Landes soll gerecht am ökonomischen Erfolg der Gesellschaft beteiligt werden. Denn dieser Erfolg ist nur durch das Zusammenwirken aller möglich. Aber läßt sich dieser Grundsatz durch das Steuerrecht überhaupt erreichen? Ich glaube nicht daran. Das Steuerrecht wird immer ungerecht sein. Man erinnere sich nur, daß jemand mit hohem Einkommen natürlich bessere Möglichkeiten hat, die Lücken in der Besteuerung zu finden und auch auszunutzen.

Es wäre schon viel erreicht, wenn möglichst viele Leute den Eindruck hätten, daß die Steuern einigermaßen gerecht wären. Dem steht sehr vieles entgegen. Das fängt damit an, daß die Steuern unter Zwang eingezogen werden. Je mehr Steuern, desto mehr merkt man von den Zwangsmaßnahmen. Schon deshalb ist die Reaktivierung längst vergessener Steuern kontraproduktiv. Zum Zweiten sieht man vielfach, daß Staatseinnahmen verschwendet werden. Der Staat kann gar nicht ökonomisch handeln, weil er seine Leistungen nicht wirtschaftlich abrechnet. Dazu kommt, daß überall in der Welt, wie auch beim deutschen Staat, die Mitarbeiter immer neue Aufgaben erfinden, um weiterhin beschäftigt werden. Höhere Staatseinnahmen und Staatsausgaben führen zwangsläufig zu größerer Verschwendung. Deshalb sind sie auch keine Möglichkeit um den Eindruck zu verstärken, daß es gerecht in der Gesellschaft zugeht.

Dr. MANFRED PFAFF

Kommunalaufsicht beanstandet den Eberswalder Haushalt 2004

So schnell kann's gehen. Nach der Beanstandung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde durch die Kommunalaufsicht (Seite 1) folgt die Beanstandung des Haushaltes 2004 gleich auf dem Fuße. Nach nur kurzer Schamfrist kam der Landkreis pünktlich nach den Landtagswahlen zu der Feststellung: Das Kreditgeschäft mit den stadt eigenen Technischen Werken ist ein Kreditgeschäft. Kreditgeschäfte jedoch, sind der Stadt mit einem Defizit im Haushalt nicht erlaubt. Zumal mit dem Kredit nur das Defizit ausgeglichen werden sollte. In der »Barnimer Bürgerpost« wurde der Haushaltsplan bereits im Frühjahr ausgiebig besprochen (BBP 3, 4 und 5/2004). Der damaligen Einschätzung, daß es sich um as »Dokument einer gescheiterten Politik« handelt, muß nichts hinzugefügt werden.

An der grundlegenden Situation ändert sich nichts. Das Haushaltsjahr 2004 ist fast zu Ende. War es vor einem halben Jahr nicht möglich, ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept auf die Beine zu stellen, wird das jetzt, wo die meisten Ausgaben des Jahres getätigt sind, noch viel weniger möglich sein. Wenn das Geld der Technischen Werke nicht zum Defizitausgleich zur Verfügung steht, muß wohl ein Kassenkredit für den buchhalterischen Ausgleich sorgen. An der realen Situation, daß die Stadt Eberswalde mit einem Riesenhaushaltsloch lebt, ändert sich überhaupt nichts. Es wird lediglich offenbar, daß der Deal mit den Technischen Werken tatsächlich nur das »Schönrechnen einer vertrackten Haushaltssituation« darstellte (vgl. BBP 5/2004).

GERD MARKMANN

Kommunale Billiglohnarbeiter

Eberswalde (bbp). »Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Verbindung mit der Arbeitsagentur für Arbeit aufzunehmen, um Möglichkeiten öffentlicher Beschäftigung schaffen zu können.« Bei nur zwei Gegenstimmen durch Dirk Amelung (FDP) und Gerd Markmann (PDS) sowie sechs Enthaltungen (CDU und Grüne/BFB) fand dieser Antrag der SPD-Fraktion den mehrheitlichen Zuspruch der Eberswalder Stadtverordneten. Ohne daß es die SPD eindeutig benannte, geht es bei diesen »Beschäftigungsmöglichkeiten« um die Etablierung sogenannter 1-Euro-Jobs. Der Hinweis auf die Grundgesetzwidrigkeit solcherart Zwangsarbeit blieb unwidersprochen, aber ohne Wirkung.

Bei der Stadtverwaltung rannte die SPD mit ihrem Vorstoß offene Türen ein. Die Verwaltungsaktivitäten erhielten so eine nachträgliche Legitimation. Ein erstes Gespräch zwischen Stadtverwaltung und Arbeitsagentur gab es schon am 16. August. Im Ergebnis wurden für insgesamt 40 Teilnehmer entsprechende Anträge für den Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember gestellt. Die Arbeitszeit beträgt 16 Stunden pro Woche. Der »Lohn« beträgt 1,10 Euro pro Stunde. Zum Einsatz kommen sollen die kommunalen Billigarbeiter beim Rückbau und bei der Beräumung der Freilichtbühne Schützenplatz; bei der täglichen Müllberäumung im Park Am Weidendamm und Marktplatz; bei Tiefbau- und Winterdienstarbeiten; im Stadtforst bei der Eindämmung der spätblühenden Traubenkirsche, der Biotop-

pflge, der Reinigung und Anlagenpflege (Bänke, Schutzhütten, Lehrpfad...); im Tierpark zur Grünanlagenpflege und -neuanlage, bei Wegebaumaßnahmen, Gestaltungs- und Dekorationsarbeiten; im Familiengarten (ehem. Laga) zur Frei- und Gründflächenpflege sowie zu Reinigungsarbeiten; in den Kitas der Stadt zu hauswirtschaftlichen Dienstleistungen wie Nähen, Bügeln, Reparieren und Reinigen von Wäsche, Gebrauchsgegenständen und Spielzeug.

»Bei allen Leistungen«, wird von der Stadtverwaltung betont, »handelt es sich um Leistungen, die so nicht im Haushalt enthalten sind und somit auch nicht vergabewirksam werden«. Es treffe zu, daß diese »Arbeitsgelegenheiten gemeinnützig und zusätzlich« seien.

Während die Billiglöhner pro Monat etwas über 70 Euro erhalten, kann sich die Stadt als Trägerin der Maßnahme über einen Sachkostenzuschuß von 100 Euro je Teilnehmer und Monat freuen.

Barnim: 3000 Ein-Euro-Jobs

Eberswalde (bbp). Rund 3000 »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« sollen im Landkreis Barnim geschaffen werden, um sich aus Hartz IV ergebenden neuen gesetzlichen Zielstellungen zu erreichen. Das seien mehr Arbeitskräfte, freut sich der Eberswalder Bürgermeister Schulz in der Antwort auf eine PDS-Anfrage zur jüngsten StVV, als zu »ABM-Hoch-Zeiten« ca. 1997/98 im Einsatz waren. »Die Stadt Eberswalde muß damit rechnen, für ca. 300 Teilnehmer gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten anzubieten und zu betreiben.« Bereits bis zum 15. Oktober müssen die entsprechenden Projekte und Maßnahmen bei der Arbeitsagentur angemeldet werden.

ZITAT DES MONATS

BEI EINER ARBEITSLOSIGKEIT VON ZWANZIG PROZENT – UND IN DIESER STATISTIK SIND BEILEIBE NICHT ALLE AUFGEFÜHRT – IST BISLANG NICHT ERSICHTLICH, WIE DIE SCHAFFUNG DER DRINGEND ERFORDERLICHEN ARBEITSPLÄTZE GELINGEN SOLL.

Landrat BODO IHRKE auf dem jüngsten Kreistag

Keine Baggerungen 2005

Uferbereiche des Finowkanals wurden nicht auf Kontaminierung untersucht

Eberswalde (bbp). »Im Jahr 2005 wird es keine Baggerungen am Finowkanal geben.« So die aktuelle Auskunft des Wasser- und Schifffahrtsamtes (WSA) Eberswalde.

1998 hatte der Bund auf Vermittlung der damaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann 41,5 Mio DM (21,2 Mio Euro) an Fördermitteln des Bundes zur Sanierung des Finowkanals bereitgestellt. Davon waren rund 17,3 Mio DM (8,8 Mio Euro) für die Ausbaggerung des Finowkanals vorgesehen. Die Ausbaggerung wurde jedoch bereits nach wenigen Monaten im März 2000 eingestellt.

Im Mai 2003 informierte der damalige Bauminister Hartmut Meyer aufgrund einer Anfrage der PDS-Landtagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, daß die Ausbaggerung aus Kostengründen gestoppt worden sei. Eine ordnungsgemäße Entsorgung des stark kontaminierten Finowkanalschlammes sei zu den kalkulierten Kosten nicht möglich, lautete die Begründung. Minister Meyer berichtete von Bemühungen, eine zentrale Sanierungs- und Wiederaufbereitungsanlage im Land Brandenburg anzusiedeln, weshalb er davon ausgehe, daß die Baggerarbeiten 2005 fortgesetzt wer-

den könnten. Eine, wie sich nun herausstellte, zu optimistische Antwort.

Derzeit untersucht die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW), welche Wassertiefe hydraulisch erforderlich ist, um ein entsprechendes Hochwasser abzuführen. Bis Jahresmitte 2005 will die BAW die Untersuchungen abgeschlossen und ein Gutachten verfaßt haben. Danach wird das WSA den erforderlichen Aufwand für Baggerungen ermitteln.

Die Frage, ob die Ausbaggerung dazu führt, den Finowkanal vollständig von kontaminierten Bodenschlämmen zu reinigen, beantwortet das WSA eindeutig: »Ziel des WSA ist nicht die Entfernung kontaminierten Bodens«. In welchem Umfang kontaminiertes Baggergut anfällt hänge von den Untersuchungen der BAW und den daraus resultierenden Baggerungen ab. »Die Untersuchungen zur Kontaminierung des Bodens beschränkte sich auf die Sohle des Finowkanals (potentielle Baggerflächen).« Die Frage, inwieweit auch die Uferbereiche des Finowkanals, beispielsweise durch Ablagerungen aus früheren Ausbaggerungen, von Kontaminationen betroffen sind, könne seitens des WSA nicht beantwortet werden.

Finowkanal bleibt Schwerpunktprojekt

Eberswalde (bbp). »Welchen Stellenwert hat die Entwicklung des Finowkanals gegenwärtig in Ihrer politischen Agenda? Wie sehen Sie den erreichten Stand und welche Perspektiven sind aus Ihrer Sicht möglich und finanzierbar?« Der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz gab folgende Auskunft:

Die Entwicklung der Region Finowkanal seit meinem Amtsantritt ein Schwerpunktprojekt der Stadtentwicklung von Eberswalde. Bereits im Jahr 1996 gingen von mir Initiativen aus, eine regionale Entwicklungsgesellschaft zum Finowkanal zu schaffen, die in der Gründung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal mit 13 Mitgliedsgemeinden Realität wurde. Seit diesem Zeitpunkt bin ich auch Vorsitzender dieser kommunalen Arbeitsgemeinschaft.

Bereits Ende 1996 konnte ich mit einer Delegation aus dem Barnim und mit Unterstützung

der damaligen Bundestagsabgeordneten Frau Dr. Enkelmann die Probleme aber auch Entwicklungschancen der Region in Bonn vorstellen. Seit der Fertigstellung des Gesamtkonzeptes »Wirtschaftliche und touristische Entwicklung der Region Finowkanal von Liebenwalde bis Hohensaaten« konnten auch in der Stadt Eberswalde zahlreiche Projekte realisiert werden. Aus einem dahin dümpelnden Industriekanal hat sich eine immer mehr touristisch genutzte Wasserstraße mit entsprechender Infrastruktur entwickelt. Die steigenden Gästezahlen belegen dies.

So wurde auch die LAGA 2002 bewußt in die Region Finowkanal gelegt, um damit einen weiteren Entwicklungsimpuls zu geben. Auch in der Zukunft wird die Stadt Eberswalde ihre Projekte in der Finowkanalregion entsprechend der Beschlüsse der StVV und der Haushaltssituation der kommenden Jahre realisieren.

Einseitige Wahlwerbung

Geschäftsschädigendes Verhalten des WHG-Geschäftsführers kritisiert

Eberswalde (bbp). »Ich wähle den und den.« Besonders der SPD-Landtagskandidat Peter Kikow durfte sich wiederholt über solche per Zeitungsanzeige in die Öffentlichkeit gebrachte Sympathiekundgebungen seitens Prominenter (oder Leuten, die sich dafür halten) freuen. Daß mit Rainer Wiegandt auch der Geschäftsführer einer städtischen Gesellschaft mit einer solchen Anzeige in Erscheinung trat, sorgte in-

des auf der Stadtverordnetenversammlung am 16. September für Aufregung.

»Ich mißbillige dieses Auftreten eines städtischen Geschäftsführers«, sagte der bündnisgrüne Stadtverordnete Andreas Fennert. Solch »einseitige Wahlwerbung« könne angesichts veränderter politischer Bedingungen unter Umständen für die betroffene städtische Gesellschaft als geschäftsschädigend wirken.

Ausbau Oder-Havel-Kanal

Kommentar überflüssig

Unter der Überschrift »Gigantisch: Ein neues Bett für den Kanal« berichtete die lokale Tageszeitung am 30. September über den Neubau der Brücke des Oder-Havel-Kanals über die Eisenbahnstrecke zwischen Eberswalde und Britz und die damit zusammenhängende Verlegung des Kanalbettes. Die bürokratisch-arrongante Art, wie das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) über Monate hinweg wichtige Verkehrsadern kappt ohne über durchaus mögliche Alternativen auch nur nachzudenken, spielte dabei keine Rolle.

Gitangisch ist die Menge märkischen Sandes, die für die Erweiterung des Oder-Havel-Kanals bewegt wird. Ebenso die dafür aufgewendeten Gelder. 50 Millionen Euro – mehr als der Stadt Eberswalde in ihrem jährlichen Verwaltungshaushalt zur Verfügung steht – kostet allein das Stück Kanal mit der neuen Kanalbrücke. Der gesamte Kanalausbau wird eine zehnstellige Euro-Summe kosten.

Notwendig sei dieser Ausbau, weil sich die Verantwortlichen »einen deutlichen Verkehrszuwachs auf dem Wasser erhoffen«. Schon jetzt sprächen die Zahlen eine deutliche Sprache. Der Direktor des WSA Eberswalde Rolf Dietrich nennt die Menge von 2,2 Millionen Tonnen Gütern, die im Jahr 2003 auf dem Kanal transportiert wurden. Das sei eine Steigerung von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Daß diese Steigerung nicht unmaßgeblich mit dem Transport der für den Ausbau benötigten Materialien zusammenhängt, sagte Dietrich nicht.

Was die genannten Zahlen wert sind, bringt ein Vergleich mit der Vergangenheit zum Vorschein.

Im Oberbarnim-Echo vom 22. März 1994 begründete der damalige WSA-Chef Christian Straube mit ähnlichen Formulierungen wie sein heutiger Amtsnachfolger den schon damals geplanten Ausbau. Straube nannte dabei die Transportzahlen des Jahres 1993: Rund 3 Millionen Tonnen.

Noch mehr ins Grübeln kommt man beim Lesen des ebenfalls am 22. März 1994 in der MOZ veröffentlichten Artikels über den alten Finowkanal: »Seine Leistungsgrenze war im Jahr 1905 mit 2,7 Millionen Tonnen Gütertransport erreicht.«

Aktuell werden also über den Oder-Havel-Kanal nur noch zwei Drittel der Gütermengen von vor zehn Jahren transportiert. Dabei werden noch nicht einmal die Transportmengen von vor 100 Jahren erreicht, als alle Transporte über den viel kleineren Finowkanal abgewickelt wurden. Bereits nach der Wende sank das Volumen der über die brandenburgischen Wasserstraßen transportierten Güter binnen kurzem auf ein Drittel. Das Vor-Wende-Transportaufkommen ließe sich leicht hochrechnen.

Kommentar überflüssig.

GERD MARKMANN

Eine Oase in der Wüste sein

Fragen an Margitta Mächtig, direkt gewählte Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 13

Zunächst herzlichsten Glückwunsch zu Ihrer Wahl als Landtagsabgeordnete.

Herzlichen Dank. Gestatten Sie mir an dieser Stelle, mich bei den Wählerinnen und Wählern zu bedanken, die meiner Partei und mir das Vertrauen und damit einen Handlungsauftrag ausgesprochen haben.

Wie beurteilen Sie persönlich das Wahlergebnis?

Wissen Sie, wenn im Landkreis Barnim von 140.652 Wahlberechtigten nur 60.903 – also 56,6 Prozent ihr Wahlrecht wahrnehmen, so macht mir das Sorge, weil damit auch ein Signal gesetzt ist, in wie weit das Vertrauen in Politik überhaupt noch gegeben ist. Für meine Partei und mich ist dieses Ergebnis ein Zeichen zunehmenden Vertrauens. Dafür bin ich angetreten und bin natürlich froh, daß wir mit unseren Konzepten aber auch mit unserem Engagement ein Stück weit überzeugen konnten.

Worin sehen Sie die Gründe für das erfolgreiche Abschneiden der PDS?

Das würde ich gern bei den Wählerinnen und Wählern erfragen. Lassen Sie mich fünf Gründe nennen, die ich vermute:

1. sind es die Erfahrungen, die Bürgerinnen und Bürger mit PDS-Vertretern vor Ort haben
2. ist es auch die Anerkennung der Arbeit der PDS-Kreistagsfraktion, in der wir uns um einen Politikstil bemühen, der einerseits von sachlicher Konstruktivität geprägt ist und andererseits auf konkrete Ergebnisse orientiert
3. ist es die Akzeptanz des wieder gewonnenen Profils der PDS auf Bundesebene als eine Partei die sich auch bei den gesellschaftlichen Reformen der Notwendigkeit der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt
4. ist es Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik der bisherigen SPD-CDU-Koalition auf Landesebene und die Perspektivlosigkeit ihrer Angebote für die Zukunft und nicht zuletzt
5. die Zuversicht, daß sich mit der PDS in stärkerer Verantwortung im Land eine andere Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gestalten ließe.

Wie unterscheiden sich die einzelnen Parteien programmatisch (PDS und SPD sowie CDU, Grüne)?

Diese Analyse ist eine eigene Dissertation wert. Lassen Sie es mich an drei Punkten beispielhaft darstellen:

1. Reformnotwendigkeit und Reformfähigkeit der Bundesrepublik und des Landes Brandenburg: Es scheint eine große Einigkeit der Parteien – außer der PDS – zu geben, daß die notwendigen Reformen deutlich auf dem Rücken, also zu Lasten der Schwächsten unserer Gesellschaft gestaltet werden müssen. Die PDS macht deutlich, daß dies nicht nur der Verantwortung eines Staates gegenüber den Schwächsten in der Gesellschaft widerspricht, sondern auch ge-

samtwirtschaftlich in die Irre führt.

2. Positionen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Land Brandenburg: SPD und CDU reden bei der Stabilisierung des Landes ausschließlich von Einsparungen und Streichungen (800 Millionen werden als sogenannte Minderausgabe genannt, das heißt man will sparen, weiß aber nicht wo und wie). Die PDS steht für höhere Investitionen in den produktiven Bereichen – auch um den Preis der Neuverschuldung – um damit langfristig die Arbeitslosigkeit senken zu können und den Schuldenberg durch eigene Einnahmen langfristig abzuschmelzen.

3. Stellung der Kommunen in der Gesellschaft. Die PDS hält es für erforderlich endlich eine Funktionalreform durchzuführen, die die mit der Gemeindegebietsreform versprochene Aufgabenneuzuordnung zwischen Land, Kreis und Gemeinden auch umsetzt und auf dieser Grundlage auch die Kommunalfinanzen neu regelt. CDU und SPD suchen ausschließlich danach, welche Aufgaben das Land den Gemeinden und Landkreisen übertragen kann um den eigenen Haushalt zu entlasten, sichert dabei aber nicht die notwendige finanzielle Ausstattung der Kommunen – siehe die sogenannten Entlastungsgesetze.

Gelten diese Politikunterschiede auch auf der kommunalen Ebene?

Nein, in den Kommunen stehen andere Aufgaben. Allerdings gibt es natürlich unterschiedliche Positionen bei den Fragen der Bedeutung der Sicherung der sozialen Aufgaben des Landkreises, dem Beitrag des Landkreises bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und in der Schulentwicklungsplanung, um nur einige zu nennen.

Wie ist aus Ihrer Sicht die kürzlich von der Barnimer CDU und SPD verkündete Aufkündigung des »Barnimer Weges« zu bewerten?

Also, noch sehe ich ihn nicht als aufgekündigt. Das die ersten Reaktionen immer auch stark emotional geprägt sind ist verständlich. Ich bedaure außerordentlich, daß es bei der Bewertung des Wahlergebnisses in den ersten Stellungnahmen von SPD und CDU einigen Vertretern nur um die Frage geht, was für die eigene Partei »raus kommt«. Für mich stellt sich die Frage, hat sich der »Barnimer Weg« für die Bürgerinnen und Bürger, für unseren Landkreis gelohnt. Und da können wir feststellen, daß sich seit den Kommunalwahlen im Herbst vergangenen Jahres die Kultur der politischen Auseinandersetzung wesentlich verbessert hat. Daß dabei auch alle Beteiligten zum Kompromiß verpflichtet sind, gehört aus meiner Sicht zu einer funktionierenden Demokratie. Im Übrigen halte ich es da mit Kahlil Gibran, einem syrisch-amerikanischen Dichter u. Maler »Bist du ein Politiker, der danach fragt, was dein Land für dich

tun kann oder ein Begeisterter, der fragt, was du für dein Land tun kannst?

Wenn du ersterer bist, dann bist du ein Parasit; bist du der zweite, dann bist du eine Oase in der Wüste.«

Was wollen Sie organisatorisch und inhaltlich als direkt gewählte Landtagsabgeordnete im Landtag und in Ihrem Wahlkreis erreichen?

Das Ergebnis soll sein, daß es uns gemeinsam gelingt sichtbare Fortschritte in der Entwicklung der Kommunen zu erreichen – dafür stehe ich als »Transmissionsriemen« zur Verfügung zwischen Land- Landkreis und Kommunen.

Wie sieht Ihr persönliches Programm aus?

Zunächst werde ich dafür Sorge tragen, daß in meiner jetzigen Arbeitsstelle alles erfolgreich weitergehen kann, da ich diese Tätigkeit aufgeben muß. Dann gibt es eine Menge Aufgaben zu realisieren, die sich bereits während des Wahlkampfes ergeben haben. Aber dazu werde ich wohl zunächst die Tippeltappel-Tour durch die Verwaltungen und Unternehmen des Wahlkreises antreten, weil man sich zunächst noch besser kennen lernen muß, um miteinander arbeiten und auch sich vertrauen zu können. Und einige Termine sind während des Wahlkampfes auch »liegen geblieben« die ich nun rasch nachholen will.

Welche Aktivitäten planen Sie im Wahlkreis?

Die Veranstaltungsreihe »Mächtig zur Sache« wird es zu wichtigen Entwicklungsschwerpunkten des Wahlkreises auch weiterhin geben. Dabei sollen Partner aus Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und den Betroffenen gemeinsam über Chancen und Risiken, Hemmnisse und Möglichkeiten diskutieren und gemeinsame Wege verabreden.

Wie schätzen Sie die Bedingungen ein, diese Ziele zu erreichen?

Ich wäre nicht angetreten, wenn ich nicht Hoffnung hätte, daß es gelingen kann, übrigens auch gemeinsam mit den anderen Kollegen des Landtages, die den Landkreis vertreten.

Welche Aktivitäten planen Sie hinsichtlich Ihrer Zusammenarbeit mit den PDS-Gliederungen in Eberswalde und im Barnim?

Durch die Einrichtung eines gemeinsamen PDS-Bürgerzentrums im kommenden Jahr wird es uns sicher noch besser als bisher gelingen, die Arbeit der PDS in den Vertretungen der Gemeinden, Städten und des Kreises mit denen des Landes zu koordinieren und auch effektiver zu gestalten. Im übrigen hoffe ich auch auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihrem Blatt.

Das Gespräch führte: Gerd Markmann



Umgehungsstraße ohne Wirkung

Eberswalde (bbp). An normalen Werktagen nutzen 20.000 Fahrzeuge die Breite Straße zwischen Rathaus und Marktplatz. Nach Auffassung des Eberswalder Baudezernenten Dr. Gunther Prüger würde daran auch die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes der Umgehungsstraße B167(neu) nicht viel ändern. Damit trat er in der jüngsten Bauausschußsitzung Befürchtungen entgegen, das Auslaufen der neuen Straße an der Kreuzung zur B2 in Nordend könnte zusätzlichen Verkehr in die Breite Straße ziehen. Allerdings werde, so Prüger, auch der zweite Bauabschnitt der B167(neu) kaum Entlastung bringen.

Denn bei 90 Prozent allen Verkehrs ist die Stadt Eberswalde Ziel- oder Endpunkt. Oft handelt es sich sogar um rein innerstädtische Fahrten. Welcher Verkehr dann überhaupt die Umgehungsstraße nutzen wird, ließ der Baudezernent offen.

Eine Reduzierung der innerstädtischen Verkehrsbelastung verspricht sich die Stadtverwaltung hingegen vom sogenannten Eichwerderring. Eichwerder Straße, Marien- und Bollwerkstraße sollen in den nächsten drei Jahren soweit instandgesetzt werden, daß bis auf die Obusse und dem Anliegerverkehr, der übrige Verkehr dort entlang geleitet werden kann.

Bürgersolaranlage in Eberswalde

Weitere Interessenten gesucht

Überall in Deutschland gehen Photovoltaik-Anlagen ans Netz, auch in Eberswalde. Abgesehen von einigen Anlagen auf Einfamilienhäusern entstanden in der Waldstadt bisher vor allem große Anlagen auf Dachflächen der Wohnungsunternehmen. Während sich Solaranlagen zur Warmwasserbereitung bereits mit einem relativ geringen finanziellen Aufwand auf privaten Dächern installieren lassen, sind Anlagen zur Stromerzeugung erst ab einer bestimmten Größe rentabel und daher für den Einzelnen oft zu teuer. Auch steht nicht allen eine geeignete Dachfläche zur Verfügung. So entstand die Idee von »Bürger-Solaranlagen«. Mehrere Interessenten schließen sich zusammen und jeder erwirbt entsprechend seiner finanziellen Möglichkeiten einen oder mehrere Anteile an einer Gemeinschaftsanlage.

Der von dieser Bürger-Solaranlage erzeugte Strom wird direkt in das Stromnetz eingespeist und staatlich garantiert über 20 Jahre mit 0,574 Euro pro Kilowattstunde vergütet. Über diesen Zeitraum erhält jeder der Beteiligten anteilmäßig den erwirtschafteten Stromertrag ausge-

zahlt. Nach ca. 13 Jahren ist das eingebrachte Kapital zurückgezahlt. Die weiteren Auszahlungen sind dann Gewinn. (*Das bedeutet umgerechnet eine jährliche Rendite von etwa 4,5 Prozent, deutlich über Sparbuchniveau – bbp*)

Bündnis 90/Die Grünen haben in Eberswalde bereits vor längerer Zeit Vorschläge zur Nutzung von kommunalen Dächern zur Solarstromerzeugung unterbreitet. Der Verein Energiesparkontor Barnim ließ inzwischen konkrete Standorte prüfen. Jetzt soll die Idee der Bürgersolaranlage in die Tat umgesetzt werden. Eberswalderinnen und Eberswalder, die sich vorstellen können, sich an der ersten Bürger-Solaranlage in Eberswalde zu beteiligen, melden sich bitte bei Bündnis 90/Die Grünen, Brautstraße 34, 16225 Eberswalde, Tel.: (03334) 384074, eMail: kv.barnim@gruene.de oder beim Energiesparkontor Barnim e.V., Kurt Hilker, Tel.: (03334) 3221, email: Kurt.Hilker@t-online.de. Die Mindesteinlage beträgt 500 Euro.

*THORSTEN KLEINTEICH,
Geschäftsführer Bündnis 90/Die Grünen Barnim*

Aktive Demokratie bei Unterschutzstellung

Eberswalde (Ih/bsij). Bei der Unterschutzstellung des Gebietes Mäckersee-Barschgrube hat die Bevölkerung ein gehöriges Wörtchen mitzureden. Die Diplomandin der Fachhochschule Eberswalde, Linda Hildebrandt, stellt ihr offenes Ohr zur Verfügung. Verteilte Fragebögen sollen Anwohner, Kleingärtner und Angler die Möglichkeit geben, sich aktiv am Prozeß zu beteiligen.

Diese Initiative der Fachhochschule stößt auf große Resonanz. Bei einer Informationsveranstaltung am 29. September kamen über fünfzig Teilnehmer und diskutierten über die Zukunft ihres Gebietes.

»Darf ich jetzt nicht mehr in meinen Kleingarten, wenn die Vögel da brüten?« wurde besorgt gefragt. Um diese und andere Zweifel auszuräumen, waren fachkundige Vertreter an-

wesend. »Bestehende Rechte sollen nicht eingeschränkt werden«, so Petra Fritze vom Stadtplanungsamt der Stadt Eberswalde. Vertreter der Stadt Eberswalde, der Gemeinde Finowfurt, der Stadtförsterei, der Fachhochschule Eberswalde, des Angelverbands und des BSIJ (Bund zum Schutz der Interessen der Jugend) e.V. traten als kompetente Ansprechpartner auf.

»Naturschutz geht nicht ohne die Menschen«, so Hardy Lux vom BSIJ e.V. Die Natur weiterhin nutzen zu können und trotzdem die einmalige Natur zu schützen, ist Anliegen der vom BSIJ e.V. gegründeten Arbeitsgemeinschaft. Hier sitzen die verschiedenen Interessensgruppen im Gebiet an einem Tisch. Der Kleingarten soll auch in Zukunft an brütenden Vögeln seine Freude haben.

Ein Zeichen

Haushaltssanierung mit neuer Kitagebühr

Die ersten Entwürfe für den kommenden Haushaltsplan der Stadt Eberswalde gehen von einem Defizit in Höhe von 10 Millionen Euro aus. Sicher wird davon noch einiges zusammengestrichen. Aber eine neuerliche »Wunderheilung« (vgl. BBP 5/2003 u. 5/2004) wird wohl diesmal nicht gelingen. Der von den Stadtverordneten eingerichtete Haushalts-Arbeitskreis tagt seit dem Frühjahr regelmäßig in nichtöffentlicher Runde, um den Haushaltsproblemen beizukommen. Über die Inhalte der dabei beratenen »Giffliste« wurde Stillschweigen vereinbart. Man will die Bürgerinnen und Bürger nicht beunruhigen. Und deren Mitdiskussion sieht unsere »repräsentative« Stellvertreterdemokratie ja nicht vor.

Doch nun ist der offizielle Startschuß für die diesjährige Spardiskussion gefallen. Wird hier ein Zeichen gesetzt, indem diese Sparrunde ausgerechnet im Ausschuß für Kita und Schule startet? Soll die Richtung künftiger Haushaltspolitik angezeigt werden, indem als erstes eine neue Kita-Gebührensatzung zur Diskussion gestellt wird?

Vielleicht liegt es ja nur am Fleiß der Mitarbeiterinnen des Kita- und Schulamtes, daß sie als erste die Vorgaben des Kämmerers in eine Gebührensatzung gießen konnten. Nachdem Ende September der zuständige Ausschuß darüber beriet, könnte die Gebührensatzung bereits im Oktober in die StVv kommen.

GERD MARKMANN

Hartz IV Betroffenenbeiräte

Eberswalde (bbp). Seit Mitte August demonstrieren in Eberswalde jeden Montag jeweils mehrere hundert Menschen gegen die Hartz IV Gesetze der Bundesregierung. Eine der Forderungen lautet, bei den Kommunalvertretungen kurzfristig Betroffenenbeiräte einzurichten, die bei allen Entscheidungen zur Agenda 2010 und Hartz IV gehört werden sollen. Der Stadtverordnete Gerd Markmann (PDS) fragte zur StVv-Sitzung am 16. September, ob dem Bürgermeister bereits konkrete Vorschläge für einen Betroffenenbeirat in der Stadt Eberswalde vorliegen und welche Auffassung er dazu vertritt. Der Bürgermeister sollte zudem Auskunft geben, welche Möglichkeiten und Formen er für die konkrete Beteiligung solcher Betroffenenbeiräte an kommunalen Entscheidungen in der Stadt Eberswalde, die mit der Agenda 2010 und Hartz IV in Zusammenhang stehen, sieht.

Die Antwort stand auch am 4. Oktober noch aus. Das deutet darauf hin, daß der Bürgermeister angesichts der Bedeutung des Problems um eine umfassend recherchierte und gründliche Antwort bemüht ist. Wie inzwischen bekannt wurde, wird die Fraktion BKB/Freie Wähler zur nächsten StVv-Sitzung eine Beschlüßvorlage zur Bildung eines Arbeitslosenbeirates bei der Stadt Eberswalde einreichen.

Beigeordnetenwahl als Machtkampf

Die für den 18. November avisierte Wahl der Eberswalder Beigeordneten scheint ein Machtkampf zwischen Bürgermeister und Stadtverordnetenversammlung zu werden. Ein erstes Gefecht ging für den Bürgermeister verloren. Dem beabsichtigten Verzicht auf eine Ausschreibung der Beigeordnetenstellen erteilten die Stadtverordneten eine Abfuhr. Seine arrogante Bemerkung, daß ihm doch sowieso das Vorschlagsrecht für die Beigeordneten zustehe, woran auch eine Ausschreibung nichts ändern würde, löste selbst bei jenen, die seinen Ambitionen gern folgen würden, Befremden aus.

Dabei stand die wichtige Frage, ob es einen oder zwei Beigeordnete geben soll, noch gar nicht zur Debatte. Es wäre die Pflicht des Bürgermeisters gewesen, dieses Thema in die StVV zu bringen. Angesichts der prekären Haushaltssituation, die in den nächsten Jahren zu größeren Personaleinsparungen zwingen wird, wäre es eine logische Konsequenz, auch bei der oberen Leitungsebene zum Rotstift zu greifen. Selbst wenn die realen Einsparungen zunächst eher symbolisch wären. Wegen der Bevölkerungsentwicklung ist bald ohnehin nur noch ein Beigeordneter zulässig.

Daß sich der Bürgermeister vor dieser Frage drückt, ist nicht nur ein weiteres Indiz für Arroganz, sondern auch ein Zeichen dafür, daß die gezeigte Arroganz im Grunde lediglich die pure Angst vor der Zukunft kaschiert. Noch mögen die diversen Festlichkeiten mit immer neuen Besucherrekorden darüber hinwegtäuschen. Doch fast alle wesentlichen Projekte, die Reinhard Schulz früher mal auf seine Agenda geschrieben hatte, bringen heute rote Zahlen. Der Flugplatz wurde zum Millionengrab, der Hafen lebt von der Substanz der Technischen Werke, die Nachnutzung der Landesgartenschau kostet jährlich mehrere hunderttausend Euro. Irgendwann kommt die Abrechnung. Da ist es natürlich besser, die Stadtverordneten mehrheitlich in die Verantwortung einzubeziehen, als später irgendwann als alleiniger Sündenbock dazustehen.

Dabei hat die SPD verständlicherweise das größte Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo. Noch hat niemand danach gefragt, wie in der Vergangenheit Posten, wie beispielsweise der des Hafenmeisters, verteilt wurden. Dabei würde die Reduzierung der Beigeordnetenzahl auf einen in jedem Fall das SPD-Mit-

glied Lutz Landmann um seinen Posten bringen. Denn weder Landmann noch Bürgermeister Schulz besitzen jene juristische Ausbildung, die das Gesetz entweder für den Bürgermeister oder mindestens einen seiner Beigeordneten vorschreibt. Die Eberswalder SPD-Führung muß also zur Erhaltung ihres Einflusses zwangsläufig für zwei Beigeordnete eintreten. Wohl ein Grund dafür, daß derzeit im Hintergrund diverse Aktivitäten im Gange sind, um so etwas wie eine Koalition zustande zu bringen. Daß dabei versucht wird, die verschiedenen Fraktionen gegeneinander auszuspielen, kann natürlich nicht verwundern.

Der Ausgang der Beigeordnetenwahlen wird zeigen, inwieweit es dem Bürgermeister und die ihn stützenden Teile der SPD-Fraktion gelingt, sich die Stadtverordnetenversammlung botmäßig zu machen.

Unabhängig davon, wie sich die verschiedenen politischen Kräfte im nächsten Jahr aufstellen, dürfte eines sicher sein. Die derzeit noch hinter Bürgermeister Schulz stehenden Unternehmerkreise werden sich einer neuen Situation ganz schnell anpassen.

GERD MARKMANN

Telekomstraße

Die MOZ berichtete am 14./15. August unter der Überschrift »Die Telekomstraße im heißen Wahlkampf« über die Meinung verschiedener Landtagswahlkandidaten zu der von Bürgermeister Schulz vor einem Jahr zum Politikschwerpunkt erhobenen Ausbau der L 293 zwischen Finow und Biesenthal.

Völlig unverständlich ist mir die Haltung des Straßenbauamtes. Eine Straße in einem Naturschutzgebiet mit hohem Wildbestand müßte m.E. zwei Bedingungen erfüllen: So wenig wie möglich die Natur beeinträchtigen und einen sinnvollen Verkehr ermöglichen.

Eine Fahrbahn von 3, maximal 3,5 m, wäre dafür ausreichend. Dazu müßte der abgetragene Teil der Straße auf einer Länge von 1,8 bis 2 km mit einer Schwarzdecke überzogen werden. Nur für PKW's zugelassen, würde der Unterbau wohl ausreichen. Die aus verständlichen Gründen, wie z.B. dem Spritverbrauch, geforderte Verkürzung der Fahrstrecke für manche Berufspendler wäre damit gegeben. Die Fahrweise müßte sich am § 1 der StVV – gegenseitige Rücksichtnahme – orientieren.

Eine Rennstrecke wie von Biesenthal bis zum ehemaligen Militäröbjekt brächte tatsächlich gravierende Einschnitte in die Natur. Das Waldgebiet würde zerteilt. Viele Wildunfälle, und andere, wären vorprogrammiert, so daß bald Forderungen nach Wildzäunen laut werden würden. Vor kurzem fuhr ich ca. 500 km mit dem Rad durch Frankreich und Bayern. Dort existieren viele solcher Straßen. Warum sollte das bei uns nicht möglich sein?

KURT BERUS

Ein oder Zwei, das ist die Frage

Spätestens seit der Bürgermeisterwahl 2003, als der CDU-Bürgermeisterkandidat Frank Ehling auf den aufgeblähten Kopf der Verwaltung im Eberswalder Rathaus hinwies und die Verschlingung der Verwaltungsspitze zum Wahlkampfthema machte, rückte die Zahl der Beigeordnetenstellen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Durch die rückläufige Einwohnerzahl Eberswaldes und die katastrophale Haushaltslage der Stadt hat das Problembewußtsein zugenommen. Der Zwang zur Verschlingung der Verwaltung in den obersten Etagen wird in der Bevölkerung erkannt. Die Diskussion führt zu der Frage, ob sich Eberswalde gegenwärtig noch zwei Beigeordnetenstellen leisten kann.

Die Befürworter von zwei Stellen führen vor allem subjektive Gründe wie z.B. langjährige gute Zusammenarbeit, Frischheit bei der Erledigung der Aufgaben an. Als ob das bei den vielen abertausenden Entlassungen überall in der Bundesrepublik ein Hinderungsgrund für Stellenfortfall gewesen wäre. Gewiß sind solche genannten subjektiven Faktoren durchaus wichtig. Die Bedeutung eines eingespielten Teams soll nicht geleugnet werden. Nur, man muß es sich leisten können

Entscheidend schwerer fallen die objektiven Gründe in Gewicht. Und sie sprechen für eine Reduzierung der Beigeordnetenstellen:

1. Die Anzahl der Beigeordnetenstellen je Gemeinde sind gemäß GO § 69 (2) von der Einwohnerzahl abhängig. Die Einwohnerzahl der Stadt Eberswalde hat seit 1990 von 52.586 bis heute 42.236 um 10.350 beträchtlich abgenommen. Und das, obwohl zwischenzeitlich

Eingemeindungen erfolgten. Im Mittel beträgt der Verlust pro Jahr 796 Einwohner.

Die GO § 69 (2) gestattet von 40.001 bis 60.000 Einwohner zwei Beigeordnete.

Zwar liegt per 31.12.2003 die Einwohnerzahl mit 42.236 noch über 40.000, jedoch muss mit einem weiteren Rückgang der Einwohnerzahl gerechnet werden. Legt man den mittleren Einwohnerverlust je Jahr von 796 zugrunde, so wäre bereits 2006, also bereits nach zwei Jahren der neuen Wahlzeit, mit dann 39.848 Einwohnern die Grenzzahl 40.000 unterschritten. Am Ende der neuen acht Jahre währenden Wahlzeit für die Beigeordneten hätte Eberswalde nur noch 35.072 Einwohner.

Somit wäre über den größten Zeitraum der neuen Wahlperiode die Forderung der GO für nur einen Beigeordneten nicht erfüllt. Es läge ein Rechtsverstoß vor.

2. Die Besetzung von zwei Beigeordnetenstellen verbietet sich auch angesichts der negativen Haushaltsbilanz Stadt Eberswalde von mehreren Millionen, zumal der gegenwärtige Haushalt noch immer nicht bestätigt ist.

3. Die Verwaltung muß sich auch fragen lassen, wie sie angesichts der allgemein im Staat angesagten Sparsamkeit ihren Sonderweg von unnötigen Ausgaben beschreiten will.

4. Auch im Hinblick auf die Hartzgesetzgebung, die vielen Bürgern mit geringem Einkommen zusätzliche Belastungen abfordert, darf von einer Verwaltung der erkennbare Wille zur Sparsamkeit verlangt werden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
BKB / Freie Wähler

Um uns müssen wir uns selber kümmern

Rede von UTE FREY auf der 4. Eberswalder Montagsdemo am 13. 9.2004

Liebe Mitstreiter der Montagsdemonstration Eberswalde, dies ist heute die vierte Montagsdemonstration in Eberswalde. Ich war jedes Mal dabei, aber heute habe ich mir ein Herz gefaßt, zu Euch zu sprechen.

Stolpe und Platzeck gaben keine Hoffnung

Ich gehöre zu denjenigen, die schon seit vielen Jahren unter der Arbeitslosigkeit im Osten leiden. Sicher erinnert Ihr Euch noch gut an die Versprechungen von Ministerpräsident Stolpe 1994, die Arbeitslosigkeit unter 10 Prozent in Brandenburg zu drücken. Diese erste Hoffnung wurde enttäuscht. Ich stellte ihn 1997 zur Rede, als er auf dem KIM-Gelände eine Ministerberatung abhielt. Mit 37 Jahren zu alt für den Arbeitsmarkt? – Das war meine Frage an ihn. Arbeit habe ich bis heute nicht und die Arbeitslosigkeit liegt gegenwärtig über 20 Prozent.

Vielleicht erkennt mich der eine oder andere als diejenige, die auf dem MOZ-Foto von der Wahlveranstaltung des heutigen Ministerpräsidenten Mathias Platzeck am 1. September zu sehen ist. Nach der Wahlkundgebung habe ich das Gespräch mit ihm gesucht. Er hat zwar mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß ich z.Z. nur zehn Euro Arbeitslosenhilfe im Monat erhalte, aber beeindruckt hat es ihn wohl nicht. Er hält Hartz IV unverändert für richtig, meint nur, diese sogenannte Reform hätte schon zwanzig Jahre früher kommen müssen und es gäbe keine Alternative. Meine Hoffnung, daß Ministerpräsident Platzeck mit mehr Verständnis für die Betroffenen gegenhalten würde, ist damit auch dahin.

Leere Kassen?

Die Regierung, die Hartz - Parteien und ihre Auftraggeber, die Unternehmerverbände versichern uns, die öffentlichen Kassen seien leer. Daher sei der bisherige Sozialstaat nicht länger bezahlbar. Zu den Reformen der Agenda 2010 gebe es also keine Alternative.

Weshalb aber sind diese Kassen leer? Weshalb ist Herr Eichel zum Schuldenmachen gezwungen? Die offiziellen Erklärungen dazu sind mehr als dürftig.

Schuld ist nicht die Überalterung der Gesellschaft, wie behauptet. Zwar gibt es zu wenige Arbeitende, aber dies ließe sich leicht ändern, wenn man die Arbeit anders verteilte. Dann brauchte man weniger Nichtarbeitende zu ernähren.

Schuld sind auch nicht die zu teuren Lohnnebenkosten, die angeblich die Produktion unrentabel machen. Wie könnte sonst Deutschland Exportweltmeister sein? Wieso können deutsche Exporte in den USA konkurrieren und große Teile des EU-Marktes beherrschen?

Schuld sind ebenfalls nicht die Ausländer und Zuwanderer, die von den Neonazis als Belastung der Sozialsysteme dargestellt werden und uns angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen. So viele Arbeitsplätze, wie die Unternehmer abgebaut haben, können die Zuwanderer uns gar nicht wegnehmen. Und schließlich zahlen sie ja auch in die Sozialsysteme ein, wenn sie Arbeit haben. Sie sind jedenfalls die falsche Adresse für Schuldzuweisungen.

Die Schuldigen sitzen in Deutschland in den Chefetagen der Banken, Konzerne, Parteien und Ministerien!

Die Kassen sind leer, das stimmt. Sie sind leer, weil der Staat seine Einnahmequellen abgeschafft hat, soweit Besitzende und Konzerne betroffen waren. In die Staatskasse zahlen vor allem die kleinen Leute mit ihrer Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer.

Steuergeschenke für Reiche

Die Konzerne erpressen Steuerbefreiungen mit der Behauptung, sie wären sonst nicht konkurrenzfähig und müßten die Arbeitsplätze in andere Länder verlagern. Die Regierenden behaupten, die Subventionen abbauen zu wollen. Das tun sie aber nur dort, wo die Subventionen den kleinen Leuten nützen. Dafür werden den Großunternehmen und Reichen Steuergeschenke gemacht, die auch nichts anderes als Subventionen sind.

Die Energie-Großverbraucher zahlen den geringsten Ökosteuersatz.

Aber wir Millionen Energieverbraucher zahlen nicht nur die Ökosteuer, sondern sind auch noch der Profitgier der internationalen Energiemonopole ausgeliefert, die uns schon wieder mit höheren Gaspreisen und Heizkosten zur Kasse bitten wollen. Und auch die Deutsche Bundesbahn hat 3,5 Prozent Fahrpreiserhöhungen angekündigt, die ebenfalls nur die Kleinen treffen.

Auf diese Weise läuft die Umverteilung von unten nach oben weiter. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.

Staatliche Verschwendung

Vergessen wir auch nicht die Ausgabeseite des Bundeshaushaltes. Wozu brauchen wir die Milliarden für die Rüstung, insbesondere für den Eurofighter? Allein der Verzicht auf diese Ausgaben würde Hartz IV überflüssig und die Welt friedlicher machen.

Milliarden wurden und werden auch in sinnlose Großprojekte gesteckt. In Brandenburg waren das solche, wie die Chipfabrik, der Lausitzring und der Cargolifter.

Und es geht anders. Aber die Herrschaften, die ungeniert den Armen die letzten Euros aus den Taschen holen, denken nicht im Traum daran, die reiche Oberschicht an den Kosten

der Gesellschaft zu beteiligen. Deshalb ist sehr viel Druck nötig, um wirkliche Reformen zu erreichen und die Privilegien ein wenig zu stutzen, die sich diese Leute angemaßt haben. Solchen Druck üben wir über unser Wahlverhalten aus. Solchen Druck haben auch die Montagsdemos erzeugt. Und die Demos waren nicht vergeblich, wie die Nervosität der Befürworter von Hartz IV und der »Agenda 2010« zeigt.

Widerstand mit Erfolg

Erste Korrekturen wurden gegen deren Willen erzwungen: Der Zahlungstermin Januar für das ALG 2, der ausfallen sollte, wurde nachträglich eingeschoben. Die Freibeträge für Sparguthaben wurden bei der ALG II-Berechnung angehoben. Die bürokratischen Fragebögen werden ein wenig verändert. Die Zahnersatzversicherung, die als unsoziale Pauschale geplant war, wird einstweilen aufgeschoben.

Das sind zwar nur kleine Schönheitskorrekturen. Aber sie zeigen, daß die Proteste etwas erreichen können, wenn sie kraftvoll und nachhaltig genug sind. Wir dürfen uns aber nicht zufrieden geben, denn die eigentlichen Übel der Scheinreform sind geblieben. Das sind:

- Es gibt keine Arbeitsplätze, die Abwanderung Richtung Westen setzt sich fort;
- Der skandalöse Unterschied zwischen dem ALG II in Ost und West;
- Die Entwertung jeder Qualifikation durch die schrankenlose Zumutbarkeit und die schamlose Lohndrückerei;
- Die ungläubliche Zuversichtregelung;
- Die Infragestellung der Regelungen für die über 58-Jährigen.
- Die Arbeitsdienstverpflichtung, die die ALG II-Bezieher unter Sanktionsandrohung zwingt, eine Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag, ohne Anspruch auf Lohn, einen bestimmten Arbeitsort, eine bestimmte Arbeitszeit und ohne erneuten Anspruch auf Arbeitslosengeld anzunehmen.

Deshalb müssen wir weiterkämpfen. Mit der gleichen Entschlossenheit wie der Bundeskanzler jede weitere Änderung an Hartz IV ablehnt, sagen wir:

Hartz IV muß weg.

Hartz IV und die ganze Agenda 2010 sind das Ende des Sozialstaates, den wir heute symbolisch zu Grabe tragen.

Noch aber geben wir den Kampf nicht verloren. Wir brauchen jedoch alle Betroffenen, denn nur gemeinsam sind wir stark. Wer jetzt nicht mitkämpft, macht sich mitschuldig. Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern, deshalb heraus zu weiteren Montagsdemonstrationen.

Verschwendung auf Kosten der Armen

Wie an jedem Montag sind wir auch heute zusammengekommen um unsere Forderungen nach Änderungen in diesem »Hartz IV« Gesetz der Regierung laut mitzuteilen.

Obwohl am 11. September in der Presse unter der Überschrift: »Arbeitsagentur in Not« folgender Artikel zu finden war. Ich zitiere: »Nürnberg - Die Bundesagentur für Arbeit gerät wegen Softwareproblemen bei der Einführung des Arbeitslosengeldes II zum 1. Januar unter Druck.« Das Programm kommt statt Anfang erst Ende Oktober. Jetzt werden 3.000 zusätzlich Mitarbeiter eingesetzt. In diesem Punkt hält das Gesetz was es verspricht. Es schafft für 3.000 Leute neue Arbeit. Aber im Gegenzug kommen dafür bei VW 30.000 Jobs unter die Räder.



In einem Interview beim Inforadio des RBB verteidigte der Kanzler ausdrücklich das Hartz IV Gesetz und betonte daß es keine Änderungen mehr geben würde. Auf die Forderung der ostdeutschen Ministerpräsidenten das ALG II in den neuen Bundesländern dem der alten Bundesländer anzugleichen antwortete er, man könne das ALG II nicht angleichen, wenn die Löhne im öffentlichen Dienst nicht angeglichen sind. Diese Angleichung ist für 2007 vorgesehen. Dann könne man über das Thema ja noch mal diskutieren. Im gleichen Atemzug warnt er aber vor einer Spaltung Deutschlands mit den Worten daß wir ein Land sind und ein Gesetz für alle gleich gelten muß.

Abschließend muß man feststellen, daß all das, was angeblich die Wirtschaft ankurbeln und unsere Lebensbedingungen verbessern sollte, nur Reinfälle waren. Nehmen wir die Cargo-Halle, die Chipfabrik, den Flugplatz Schönefeld, den Lausitzring, die Mautgebühr. In diese Projekte ist genug Geld geflossen und es wird noch mehr dort hin fließen. Diese Gelder hätten gereicht unser soziales Netz nicht zusammenbrechen zu lassen. Aber jetzt muß wieder der Kleine und Schwache dieses Finanzloch stopfen. So geht es aber nicht Herr Schröder. Mit Ihrem Gesetz vernichten sie Arbeitsplätze.

MANFRED LORENZ, 13. September 2004

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)

Fax: 01805/7511112596 · eMail: bbp@telfa.de

Beisetzung des Sozialstaates

Bericht von der 4. Eberswalder Montagsdemo am 13.9.2004

Eberswalde (bbp). Rund 350 bis 400 Demonstranten beteiligten sich am 13. September an der 4. Eberswalder Montagsdemo. Ab 17 Uhr spielte Musik auf dem Marktplatz. Als Hauptrednerin sprach Ute Frey als Betroffene und Mitglied der Vorbereitungsgruppe (Seite 7). Das offene Mikro nutzten die beiden Eberswalder Manfred Lorenz und Hartwin Schulz sowie Rosa Tennenbaum vom »Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)« aus Berlin. Vor der Rednertribüne stand die Nachbildung eines Sarges mit der Aufschrift »Sozialstaat« mit Schleifen: »Dank dem Deutschen Bundestag

und dem Deutschen Bundesrat«. Beim anschließenden Marsch durch die Innenstadt wurde vor dem Rathaus haltgemacht und die zuvor auf der Kundgebung mit starkem Beifall bestätigten Forderungen der Eberswalder Montagsdemo an die Rathausstür angeschlagen. Anschließend ging es weiter zum SPD-Büro, wo die symbolische Beisetzung des Sozialstaates erfolgte. Die örtliche SPD, stellten die Demonstranten klar, sei nicht der Adressat des Protestes gegen den Sozialstaatsabbau. Aber die SPD Eberswalde könne sehr wohl diese Botschaft überbringen.

Anschlag an der Rathausstür

Appell an die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

In Eberswalde leben mehr als 5.000 Arbeitslose und 2.500 Sozialhilfeempfänger. Diese Personengruppe hat keine Lobby. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sind die Hauptbetroffenen von Hartz IV und Agenda 2010 und haben unter den Auswirkungen am stärksten zu leiden.

Wir fordern die Einrichtung eines Beirates der Stadt Eberswalde für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Als Zeichen des guten Willens erwarten wir die unverzügliche Bildung

des Beirates und dessen sofortige Arbeitsaufnahme. Bis zur Regelung der entsprechenden Formalien soll der Beirat seine Arbeit vorläufig durchführen können.

Wir erwarten, daß sich alle politischen Kräfte und Funktionsträger für die Aufhebung von Hartz IV einsetzen. Als ersten Schritt fordern wir von der Stadtverordnetenversammlung, den Bundestag um eine Verschiebung von Hartz IV zu ersuchen.

Montagsdemo am 13.09.04

»Berlin-Demo ist nicht das Ende«

Bericht über die 6. Eberswalder Montagsdemo am 27.09.04

Eberswalde (bbp). Die 6. Eberswalder Montagsdemo, wiederum auf dem Marktplatz, eröffnete Hartmut Nichelmann. Hatten sich nach dem verregneten Nachmittag zunächst nur etwa 100 Demonstranten eingefunden, erhöhte sich die Zahl binnen einer Viertelstunde auf knapp 200.

Albrecht Triller zog eine Bilanz der bisherigen Montagsdemos in Eberswalde. Die Vorbereitungsgruppe sei entschlossen, teilte er im Beifall der Demonstranten mit, auch nach der Großdemonstration in Berlin am 2. Oktober weitere Montagsdemonstrationen in Eberswalde zu organisieren, so die nächste bereits am 4. Oktober zur gleichen Zeit am gleichen Ort. Danach sang Ralf Jahnke aus Bad Freienwalde zur Gitarre einen alten Song von Dieter Süwerkripp. Eine Reihe von Teilnehmern nutzte wiederum die Möglichkeit, sich am Informationsstand für die Mitfahrt zur Demo in Berlin einzutragen.

Der anschließende Demonstrationzug führte über die Friedrich-Ebert-Straße und die Eisenbahnstraße wieder zurück zum Marktplatz. Vorm Gebäude der AOK gab es einen kurzen Halt. Ein eigens von den Demonstranten mitgeführter Stand bot Brillen, Zahnprothesen, Verbandsmaterial, Gehhilfen und weitere Artikel zur Ausleihe an. Ute Frey erklärte dazu, es

handele sich um einen Vorschlag für die Krankenkassen, auf diese Weise die Kosten der Kassen weiter zu senken.

Vor dem Gebäude der Sparkasse erklärte Rolf Richter den Demonstranten, wofür in der Bundesrepublik Geld da ist und wofür nicht. Mit dem Geld, das den Benachteiligten der Gesellschaft entzogen wird, würde die BRD am Hindukusch verteidigt.



Bei einem dritten Stop vor der Rathauspassage protestierten die Demonstranten gegen den Kaufkraftentzug infolge Hartz IV und Agenda 2010, der neben den Betroffenen auch den kleinen Läden und Gewerbetreibenden schadet.

»Gut Ding will Ausdauer haben«

Bericht von der 5. Eberswalder Montagsdemo

Eberswalde (bbp). Zur 5. Eberswalder Montagsdemo versammelten sich am 20. September etwa 250 Demonstranten auf dem Marktplatz. Ute Frey moderierte die Montagsdemo und übergab nach kurzer Begrüßung das Wort an Christoph Kapitula. Er schilderte die Konsequenzen von Hartz IV und Agenda 2010 für die Kinder und Jugendlichen und stellte u.a. fest: »Worte, wie Träume, Spaß und Sicherheit, sind ersetzt worden durch Worte wie Reform, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit«.

Hartwin Schulz machte mit dem offenen Mikrofon die Runde und befragte Demonstranten nach ihrer Meinung zu den Ergebnissen der Landtagswahlen. Einer der Befragten freute sich, daß die PDS Stimmen gewonnen habe. Ein anderer sagte, eine andere Zusammensetzung des Landtages genüge nicht, es wäre eine andere Politik nötig. Ein dritter zeigte sich mit dem Wahlergebnis ebenfalls zufrieden. Auch mit dem Wiedereinzug der Rechten? Natürlich nicht.

Ein Demonstrant erklärte am offenen Mikrofon, daß es ihn nicht befriedige, daß »wir hier nur so auf dem Markt herumstehen«. Damit könne man nichts bewirken. Im anschließenden Gespräch erklärte er, er hielte die Besetzung von Instanzen für eine wirkungsvolle und nötige Maßnahme.

Ute Frey wies auf den von Arbeitslosen für Arbeitslose aufgebauten und finanzierten Imbißstand hin. Die Betroffenen müßten gut zusammenhalten und füreinander einstehen, sei ein Leitgedanke dieser Aktion. Auch sei deutlich zu machen, »daß wir noch ein gutes Stück vor uns haben und uns nochmals kräftig stür-

ken müssten, um durchhalten zu können«. Der Stand war mit solchen Aushängeschildern gekennzeichnet, wie: »Zur letzten Instanz«, »Gut Ding will Ausdauer haben« und »Noch sind wir nicht über den Hartz«.

Auf einen Protestmarsch hatten die Organisatoren an diesem Tag verzichtet, um mit den Anwesenden in kleinen Diskussionsgruppen über die Perspektive der Montagsdemo in Eberswalde zu reden.

Allerdings kam der Veranstaltungsverlauf im folgenden etwas durcheinander. Aus Berlin hatten sich zwei Leute angesagt, die mit dem Demonstranten singen wollten. Sie trafen mit erheblicher Verspätung ein. Statt eines Gesangsbeitrages schwang sich einer der beiden ans Mikrofon und begann mit langen Ausführungen über ein anderes Gesellschaftsmodell, in dem Franklin Roosevelt eine wichtige Rolle spielte. Nach den verteilten Flugblättern handelte es sich um Vertreter einer »Bürgerrechtsbewegung Solidarität« (BüSo), die bei der Landtagswahl in Sachsen antrat und dort landesweit auf 0,5 % der Stimmen kam. Der weit über eine Äußerung am offenen Mikrofon hinausgehende Redeschwall des BüSo-Vertreters wurde schließlich durch das Einschreiten der Moderatoren gebremst.

Albrecht Triller, der als nächster das Wort ergriff, charakterisierte den BüSo-Beitrag als unplaziert und am Thema vorbeigehend. Er informierte, daß die Forderung der Eberswalder Montagsdemo zur Schaffung eines Arbeitslosen- und Sozialhilfebeirates von der Stadt zwar zur Kenntnis genommen wurde, aber keine besondere Eile gezeigt werde. Demgegenüber

»Daß unser Ruf bis nach Berlin hallt!«

Rede auf der 5. Eberswalder Montagsdemonstration am 20.09.04

Ich habe mir überlegt, erst einmal ein paar Sätze zu den gestrigen Kommunalwahlen zu sagen. Die Regierung in Brandenburg wird wohl voraussichtlich wieder durch die CDU und SPD gebildet, die PDS ist stärker geworden. Erschreckend allerdings sind die Ergebnisse der rechtsextremen Parteien. Ich möchte an dieser Stelle sagen, daß wir bei der Montagsdemo keinerlei solcher rechtsextremen Gedankengänge unterstützen.

Warum sind wir eigentlich hier?

Weil wir unzufrieden sind! Unzufrieden mit der jetzigen Situation und mit den Reformen der Agenda 2010, die unsere Situation noch verschlechtern werden. Die Agenda 2010 betrifft jedoch nicht nur die bereits arbeitsfähige Generation, sondern auch die Kinder und Jugendlichen – unsere Zukunft!

Wie viele von Ihnen haben Kinder? In den letzten Wochen höre ich immer wieder von Eltern, die ihren Kindern sagen müssen, daß es egal ist, was sie lernen würden, sie müssen die

Ausbildung nehmen, die sie kriegen können. Oder die Eltern sagen: »Es tut mir leid mein Kind, Du kannst nicht zur Klassenfahrt« oder »Wir können die Hose nicht kaufen!«

Und warum? Weil das nötige Geld fehlt!

Es steht geschrieben: »die Würde des Menschen ist unantastbar!« Aber ist es nicht unter unserer Würde, daß die Kinder nicht mehr träumen dürfen? Oder, daß sie keine schönen Kindheitserlebnisse, wie Klassenfahrten und Familienausflüge, mehr haben können? Die Jugendlichen, die die 10. Klasse abschließen und nach einer Lehrstelle suchen, finden zu meist keine Ausbildung in der Region. Dann sind sie gezwungen, sich hunderte Kilometer entfernt von ihren Eltern, allein ein neues, eigenes Leben aufzubauen!

Manchmal habe ich das Gefühl, daß die Politiker in der Regierung alle verwitwet oder kinderlos sind!

Worte, wie Träume, Spaß und Sicherheit, sind ersetzt worden durch Worte wie Reform,



habe Brandenburgs Sozialminister Baaske den Gedanken nachdrücklich unterstützt.

Die Moderatorin übergab nun mit der Bemerkung, nach der Wahl könne man auch bekannte Politiker sprechen lassen, das Wort an Margitta Mächtig, die neugewählte Landtagsabgeordnete. Als letzte Demonstrantin am offenen Mikrofon sprach Erika Klante. Sie führte aus, daß sie ihre derzeitige stundenweise Beschäftigung ab Januar nicht weiterführen könne, weil von dem dabei verdienten Geld wegen der neuen Anrechnungsregeln für sie kaum etwas übrig bliebe.

Zum Abschluß ging von der Montagsdemo der Appell an die Anwesenden, auch am nächsten Montag wieder zur Demonstration zu erscheinen. Ferner wurde dazu aufgerufen, am 2. Oktober zur Großdemo nach Berlin zu fahren. In die ausliegende Liste für die Busfahrt nach Berlin trugen sich allein an diesem Tag 20 Leute ein.



Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Ich denke, wir sind uns einig, wenn ich sage, so kann und darf es nicht weiter gehen!

Es steht zwar geschrieben, daß in der BRD das Recht der freien Meinungsäußerung gilt, doch was nützt das, wenn einem niemand zuhört? Ich stehe hier vorne allein und bin zu leise, doch zusammen sind wir laut! Und wir wollen so laut werden, daß unser Ruf bis nach Berlin hallt und im Reichstag die Fensterscheiben klirren!!

Phantasiezahlen

Berlin (jw/bbp). Unter der Überschrift »Die Phantasiezahlen der Medienbosse« beschäftigte sich am Montag die Tageszeitung »Junge Welt« mit den verschiedenen Zählmethoden.

»Der Platz vor dem Alexanderplatz war schon proppenvoll«, heißt es da, »bevor die Anti-Hartz-IV-Demo begann. Aber niemand war imstande, exakt Auskunft zu geben, wie viele da zusammengekommen waren. Als der lange Zug seinen Rundmarsch durch die Innenstadt beendet hatte, schien man endlich durchgezählt zu haben. Die Veranstalter verkündeten, 70.000 seien es gewesen.« Kurze Zeit später korrigierten sich die Veranstalter: »Die Polizei zählt ja meist weniger, deshalb haben wir uns mit der Polizei abgestimmt und auf 50000 geeinigt.« Schon eine halbe Stunde später hatte die Polizei ihren Zähldeal gekündigt und sich auf 45.000 zurückgezogen. Diese Zahl war am Montag auch in der MOZ zu lesen.

Die jw vermutet Zusammenhänge mit dem »Fest der deutschen Einheit« vor dem Brandenburger Tor. Von dort waren nämlich inzwischen 50.000 gemeldet worden. »Schließlich können nicht mehr gegen drohende Hartz-IV-Not demonstrieren als die Einheit feiern!«

Am Abend dann meldete der RBB, die Polizei hätte 25.000 gezählt, der ZDF-Teletext lieferte die gleiche Zahl, »das bayerische Fernsehen mochte da nicht mitspielen und ließ seine Zuschauer wissen 'Zehntausende' hätten in der Hauptstadt-Innenstadt demonstriert. Am Ende fand einer die Lösung: Es waren 45.000 und damit 55.000 weniger, als man erwartet hatte.« Dies kolportierte dann am Montag auch die MOZ. Sogar die »Sozialistische Tageszeitung« Neues Deutschland gab diese Version wieder. »Immerhin konnte man so zum negativen Zählwort 'weniger' vorstoßen.« Wer die 100.000 erwartet hatte, blieb hingegen offen. Die Veranstalter jedenfalls hatten »mehrere zehntausend Teilnehmer« erwartet (jw, 30.9.04) und sahen ihre Erwartungen bestätigt, obwohl die MLPD am Sonntag eine separate Demo organisierte.

Scharf wiesen die Bündnisvertreter Pressemitteilungen zurück, daß die Montagsdemonstrationen zukünftig nicht mehr stattfinden würden: »Die Montagsdemos sind initiiert und getragen von lokalen Bündnissen. Ein zentrale Entscheidung, nicht mehr zu demonstrieren, gibt es nicht«, erklärte ATTAC-Sprecher Peter Wahl. In der MOZ machte man dagegen eine Bemerkung des Berliner PDS-Landesvorsitzenden Stefan Liebich zur Schlagzeile, wonach niemand mehr »Kraft zu weiteren Demonstrationen« habe.

Die Montagsdemonstranten in Eberswalde hatten sich schon am 27. September darauf geeinigt, auch nach der Berliner Großdemonstration mit ihren Protesten gegen Hartz IV weiterzumachen.

Eberswalder dabei in Berlin

Die Angaben über die Teilnehmerzahlen der Demonstration gegen Hartz IV und Agenda 2010 in Berlin am 2. Oktober gehen weit auseinander. Einige Medien sprachen von 25.000, die Veranstalter von über 70.000 Teilnehmern. Zählen konnte sie keiner. Auch von den sonst üblichen über der Demo kreisenden Hubschraubern war nichts zu sehen. Die Teilnehmer hatten das Gefühl, Teil einer unübersehbaren Menschenmenge zu sein, die vielleicht mit unterschiedlicher Motivation, aber mit dem gleichen Ziel, dem Sozialabbau Einhalt zu gebieten, zur Demonstration nach Berlin gekommen sind.

Einundvierzig Eberswalder fuhren mit dem Bus, eine nicht bekannte Zahl mit dem Auto oder der Bahn nach Berlin. Teils fanden sie in Berlin in der großen Menge zusammen, teils aber auch nicht. Keine Frage, es war nur ein Bruchteil der Betroffenen, aber die die mitfahren, sind froh, dabei gewesen zu sein. Die große Gemeinschaft der Montagsdemonstranten erhöhte bei den Eberswaldern die Entschlossenheit, mit ihren Montagsdemos weiterzumachen.

Die gemeinsame Busfahrt brachte die Teilnehmer näher zusammen, denn viele kannten sich bisher nicht. Sie tauschten untereinander ihre Erfahrungen und Betroffenheiten aus. Berichtet wurde, daß einige schon erste Aufforderungen zu 1,10 Euro-Jobs erhalten haben. Da-

bei handelt sich um von der Stadt angebotene Plätze zur Arbeit im Wald und auf dem Friedhof. Warum werden diese Arbeiten nicht im Rahmen normaler Arbeitsverträge vergeben?

Diskutiert wurde auch die widersprüchliche Rolle der Gewerkschaften im Zusammenhang mit den Montagsdemos. Während der DGB nicht zu den Aufruf der Berlindemo gehörte, bezahlte NGG in Eberswalde den Bus und war, wie auch andere Einzelgewerkschaften auf der Demo vertreten. Frank Bsirske, Gewerkschaftsvorsitzender ver.di, war wohl als Privatperson dabei. In der Nähe unserer Gruppe laufend, bot sich einer Eberswalderin die Möglichkeit, mit ihm über die 165 Euro-Jobs zu unterhalten. Sie erklärte ihm, daß ihr künftig von den 165 Euro, die sie derzeit anrechnungsfrei zu ihrer Arbeitslosenhilfe hinzuzurechnen kann, nach den neuen Anrechnungsregelungen auf das ALG II nur 20 Euro blieben, weshalb sie diesen aufgeben müßte. Im Bus wurde auch über ein Gespräch während der Demo mit Prof. Peter Grottian berichtet, der gern auch zu einem Gespräch mit den Organisatoren der Montagsdemos nach Eberswalde kommen würde.

Beim Aussteigen aus dem Bus versicherten sich die Mitfahrer, daß sie sich bei der nächsten Montagsdemo in Eberswalde wiedersehen.

A.T.



Hartz IV folgt der kapitalistischen Logik

Der Sozialstaat war von Bismarck nicht aus ethischen, sondern aus Gründen der Staatsraison eingeführt worden und ist erst von Keynes als Humanisierung des Kapitalismus ideologisiert und propagiert worden.

Mit Hartz IV zeigt sich sein Niedergang. Aber auch der hat keine ethische Ursache, etwa als »Mißachtung der Randständigen«, sondern liegt in der kapitalistischen Logik der Staatsgeschäfte, welche in Krisenzeiten zwangsläufig zu einer Abwärtsspirale der Staatsverschuldung führen.

Man muß deshalb, denke ich, an den sich darin entwickelnden Staatsbankrott und seine

Folgen denken. Die werden noch um einiges härter sein, als Hartz IV. Die ManagerInnen der Sozialagenturen wissen das längst, wenn sie sagen, daß Hartz IV »nur ein Versuch« ist und nicht sicher ist, was in zehn Jahren davon übrig bleibt, wenn gar kein Geld mehr da ist. Man hoffe eben, daß sich die Konjunktur von selbst wieder verbessert. Doch das wird nur mäßig und kurzzeitig sein.

Zum Thema Staatsbankrott habe ich einiges an Material zusammengetragen. Wen es interessiert: <http://www.kulturkritik.net/Oekonomie/Hartz/>.

WOLFRAM PFREUNDSCHUH

Windräder schützen Vögel

Was war das jahrelang für ein Geschrei. Landauf und landab war zu lesen und zu hören: Windräder machen Vögel tot! Nun plötzlich ist dieses scheinbare Totschlag-Argument heimlich, still und leise aus der jetzigen Debatte pro und contra Windkraft verschwunden. Den Ornithologen, die bisher aus Vogelschutzgründen gegen Windräder waren, geben nun nicht nur zu, daß sie sich getäuscht haben, sondern stellen sogar fest, daß Windräder Vögel schützen und selbst Vogelarten auf der Roten Liste in der Nähe von Windrädern wieder zu finden sind.

Die Stadtwerke Emden und das Ingenieurbüro für Umweltplanung Schmal+Ratzbor in Lehrte-Aligse verteilen deshalb Plakate, auf den etwa 90 Vogelarten abgebildet sind, die sich alle im großen Windpark Wybelsumer Polder aufhalten.

Dort nisten und leben heute weit mehr Vögel als zur Zeit vor dem Windpark: Alpenstrandläufer und Amseln, Brandgänse und Flußregenpfeifer, Mäusebussarde und Uferschnepfen, Dohlen, Mehlschwalben, Uferschwalben, große Brachvögel, Lachmöven, Höckerschwäne, Mauersegler, Silbermöven, Turmfalken und Zwergtaucher sind einige von ihnen.

Weitere Informationen: Windpark Wybelsumer Polder, »Die Vogelwelt im Windpark Wybelsumer Polder«, in: Wind-Kraft Journal, 4/2003, S. 8-11
(eine Information des Energiesparkontor Barnim)



Windräder töten Vögel

Für mich gibt es keinen Zweifel: regenerativen Energien gehört die Zukunft. Windenergienutzung gehört dazu. Die Frage ist nur: wann, wie viele und an welcher Stelle wir uns Windkraftanlagen leisten können und wollen.

Das Problem des Vogelschlags an Windkraftanlagen drang bisher kaum ins öffentliche Bewußtsein. Wahrscheinlich ist es der gleiche Irrtum, dem Mensch und Vogel hier unterliegen und der mittlerweile für tausende Vögel tödlich endet: die Rotoren drehen sich an windigen Tagen keineswegs langsam, sondern – zumindest an den Flügelenden – sogar ausgesprochen schnell. An den Spitzen können das weit über 200 km/h sein. Auf solche Geschwindigkeiten hat die Evolution selbst unsere besten Flieger nicht vorbereitet. Sogar Mauersegler, die mit ca. 180 km/h schnellsten einheimischen Vögel, wurden unter Windrädern gefunden. Rote Milane, die elegantesten und manövrierfähigsten Greifvögel Deutschlands, gehören sogar zu den Hauptopfern der Windkraftanlagen.

So wurden in Brandenburg in den letzten drei Jahren bei 2.059 Kontrolluntersuchungen unter 239 Windkraftanlagen 87 tote Vögel und 69 Fledermäuse gefunden. Bei einer durchschnittlichen Kontrollhäufigkeit von weniger als drei Nachsuchen pro Jahr an lediglich 239 der ca. 1.700 Windkraftanlagen allein in Brandenburg läßt sich zumindest die Dimension des Problems erahnen. Die Totfunde von Vögeln und Fledermäusen unter Windkraftanla-

gen in Deutschland von 1989 bis 2004 weisen 477 Anflugopfer aus, die zu fast 90 % in den letzten zwei Jahren gefunden wurden. Insgesamt verunglückten Vertreter von 60 Vogelarten und 10 Fledermausarten.

Bereits jetzt lassen sich aus der Datensammlung der Anflugopfer Schlußfolgerungen für den weiteren Umgang mit Windkraftanlagen ziehen: An bekannten Vogelzugtrassen und in der unmittelbaren Umgebung von Müllhalden sollte auf Windkraftanlagen verzichtet werden, da hier die Anflugopferzahlen deutlich über dem Durchschnitt liegen. In unmittelbarer Nähe zum Waldrand oder im Wald verunglücken besonders viele Fledermäuse und Kleinvögel. Eine Bündelung der Windkraftanlagen zu Windparks kann die durchschnittliche Anflugrate deutlich senken. Verhalten und Lebensraumsprüche besonders gefährdeter Arten, wie des Rotmilans, sind verstärkt zu berücksichtigen.

Bei der weiterhin zu erwartenden starken Zunahme von Windkraftanlagen in Deutschland kommt einer möglichst vogelgerechten Anlage von Windparks eine besondere Bedeutung zu, andernfalls setzen wir uns dem berechtigten Vorwurf von Ignoranz gegenüber der belebten Natur zugunsten einer »grünen« Energie aus.

TORSTEN LANGGEMACH,
Landesumweltamt Brandenburg,
Staatliche Vogelschutzzone Buckow (gekürzt)
(weitergeleitet vom Energiesparkontor Barnim)

Biogas im Erdgasnetz

Eine neue Nutzungsvariante von Biogas läßt die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) jetzt analysieren. Auf Erdgasqualität aufgereinigt könnte das biogene Gas theoretisch ins vorhandene Gasnetz eingespeist werden. Ob's auch praktisch funktioniert, untersucht jetzt das Institut für Energetik und Umwelt gGmbH (IE).

Die lokale Verstromung von Biogas in Blockheizkraftwerken (BHKW) ist zwar Stand der Technik, aber nicht an jedem Standort effektiv. Da der Stromwirkungsgrad begrenzt ist, sollte ein Wärmeabnehmer vor Ort vorhanden sein. Anders sähe es aus, könnte das Biogas ähnlich wie Erdgas transportiert und dort genutzt werden, wo die Heizleistung auch benötigt wird. Land- und Energiewirte liebäugeln daher schon seit einiger Zeit mit der Einspeisung des Biogases ins Erdgasnetz. Was im Ausland bereits praktisch erprobt wird, ist in Deutschland jedoch noch graue Theorie.

Mit einer Studie will die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe jetzt ausloten lassen, ob das Angedachte auch hierzulande machbar und sinnvoll ist. Dazu müssen nicht nur die technischen Anforderungen an das Biogas analysiert werden, auch rechtliche und wirtschaftliche Aspekte gilt es zu erörtern.

Zunächst geht es darum, die technischen Anforderungen auszuloten. Ob das aufbereitete Biogas ins Netz oder einen Erdgasspeicher eingespeist werden kann, hängt von seiner Zusammensetzung, vom Druck und den Volumenströmen ab. Auch die Strukturen des Erdgasnetzes gilt es zu erfassen. Ja nach Reichweite, Art der Druckleitung und Erdgassorte unterscheiden sich die Netze regional zum Teil erheblich. Auch aufbereitetes Biogas kann längst nicht überall wirklich eingespeist werden.

Offen ist auch die Frage nach den Potentialen. Welche Mengen an Biomasse stehen in welcher Region überhaupt für die Biogasproduktion zur Verfügung? Dort, wo es theoretisch Sinn macht, über die Einspeisung des Biogases ernsthaft nachzudenken, sind bereits Simulationen angedacht.

Über die Rentabilität der vorgeschlagenen Nutzung des Biogases entscheiden letztendlich die Gasgestehungskosten. Die Investitionskosten für Gewinnung, Aufbereitung, Transport und Einspeisung des Gases fließen in die Kalkulation ebenso ein wie Betriebskosten und eventuelle Gebühren für die Netznutzung.

Mit der Studie sollen sich die Wissenschaftler zur Einspeisung von Biogas nicht nur generell, sondern auch bezogen auf einzelne Standort-Anlagen-Konfigurationen äußern. Ende April 2005 werden die Fakten für eine sachliche Diskussion des Themas gebündelt vorliegen. Dann wird sich zeigen, ob und unter welchen Voraussetzungen die vorgeschlagene Nutzungsvariante sinnvoll ist und ob die Biogasanlagenbetreiber in Deutschland damit tatsächlich ein Geschäft machen können.

www.fnr.de (über Energiesparkontor Barnim)

Krisis 28

Bestellungen bei: Unrast-Verlag (www.unrast-verlag.de). Ansonsten bleibt natürlich noch der Gang in den Buchladen (Preis 10 Euro).

Krisis 28 enthält folgende Texte:

FRANZ SCHANDL

Fan und Führer. Anregungen zu einer Typologie des affirmativen Unwesens

CHRISTIAN HÖNER

Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteologie und Fortschrittsglaube.

Vorläufige Aspekte einer Kritik des historischen und dialektischen Materialismus

KARL-HEINZ LEWED

Von Menschen und Schafen. Über Menschenrecht und nationalstaatlichen Zerfall

NORBERT TRENKLE

Arbeitskritik und soziale Emanzipation. Eine Replik auf Kritiken am »Manifest gegen die Arbeit«

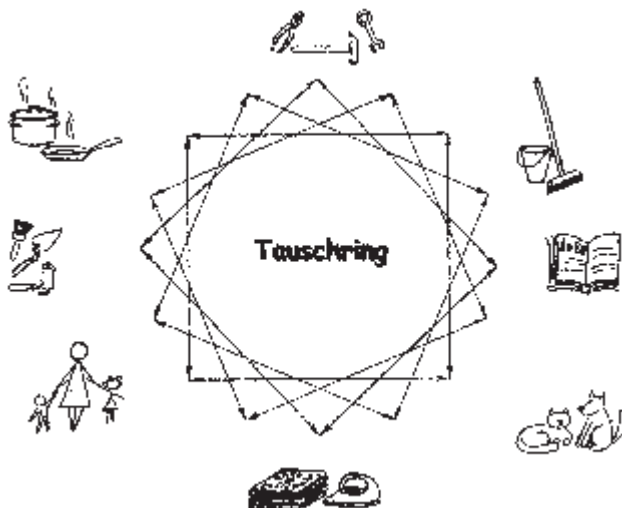
Die Krisis-Redaktion
(www.krisis.org)

Gassi gehen gegen Blumen gießen

Ein Tauschring für Finow und das Brandenburgische Viertel

Eberswalde (bbp). Die Initiative »Tauschring« traf sich am 30. September 2004 im evangelischen Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel zu einem ersten Austausch über Erfahrungen und Ideen. Ziel ist die Etablierung eines Tauschringes für Finow und das Brandenburgische Viertel. Dabei handelt es sich um eine Initiative der Lokalen Agenda 21 Eberswalde e.V. und der evangelischen Kirchengemeinde Finow. Er wird unterstützt durch das Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel, die Selbsthilfegruppe »Kontakt« sowie Einwohnerinnen und Einwohner aus Finow und Eberswalde. Die ersten Tauschringe in der Bundesrepublik entstan-

den Anfang der 90er Jahre. Heute gibt es in der BRD rund 200 Tauschringe mit etwa 20.000 Mitgliedern.



Tauschringe:

Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?

Teil 1: Eine Diskussion im BBP-Forum

Dieser Tage meldete sich in Eberswalde eine Initiative zu Wort, die einen Tauschring gründen will. Im eMail-Diskussionsforum der Barnimer Bürgerpost (bbp-forum-subscribe@yahoo.com) gab es im Frühjahr diesen Jahres zu den theoretischen Grundlagen solcher Tauschringe einen Disput, dessen Inhalte wir aus gegebenen Anlaß im folgenden wiedergeben wollen. Der Umfang würde den für eine BBP-Ausgabe zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen. Deshalb beginnen wir heute eine zunächst auf drei Teile ausgelegte Artikelserie.

Ein Artikel aus der Wochenzeitung »Jungle World« bildete im Juni den Ausgangspunkt für den Disput im BBP-Forum. Für den Autor Peter Bierl stellen Tauschringe etwas anderes dar, als gegenseitige Hilfe. Denn Tauschringe vermitteln ihr Tauschgeschäft wie im »richtigen Leben« mittels Geld. Nur, daß statt in Euro in virtuellen Phantasiewährungen abgerechnet wird. Die jeweiligen Leistungen werden auf Konten des Tauschrings gebucht, als Haben für den Verkäufer und Soll für den Käufer. Wer mitaustauschen will, muß zuvor einem als Verein organisierten Tauschring beitreten, die den Tausch vermitteln und für jeden Teilnehmer ein Tauschkonto führt.

Von einer Alternative zum Kapitalismus kann da keine Rede sein. Tauschringe bieten vielmehr vor allem jenen, die vom kapitalistischen Verwertungsprozeß weitgehend ausgeschlossen sind, Möglichkeiten für eine selbstorganisierte Simulation der allgemeinen Ware-Geld-Beziehungen.

Daß für die Tauschringmitglieder damit durchaus eine reale Verbesserung der Lebensumstände verbunden sein kann, spielte für Bierl keine Rolle. Seine Warnung, daß mit den Tauschringen ein Niedriglohnsektor etabliert werde, sollte dennoch nicht vom Tisch gewischt werden.

Bierls Hauptkritik jedoch macht daran fest, daß einige Tauschringe, etwa in Halle oder Worms, für die Guthaben auf den Konten Zinsen verlangen. Dies entspreche der Idee des deutsch-argentinischen Kaufmanns Silvio Gesell (1862-1930), ein so genanntes Schwundgeld einzuführen, also Geld, das ständig an Wert verliert. Gesell und seine Nachfolger behaupten, Geld sei wertbeständig und werde von Geldbesitzern gehortet, um Zinsen zu erpressen. Dadurch würden Wirtschaftskrisen ausgelöst. Diese vulgärökonomische Zinsknechtschaftslehre, so Bierl, halte der Wirklichkeit nicht stand. Zudem stünden Gesells Lehren in engem Zusammenhang mit völkischem Gedankengut, das eine Grundlage der Naziideologie bildet. »Tauschringe«, so Bierl, »bedeuten Armutswirtschaft und Elendsverwaltung«.

»Das mit den Tauschringen«, antwortete darauf Dominique Voigt, sei vor allem »eine Bewegung für Regionalgeld«. An der Zinsknechtschaft sei letztlich etwas dran, »Börse, Unternehmen und Zins wäre aber vollständiger«. Bierls Artikel sei unausgewogen und »einfach nur auf Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgelegt«.

Die Schwundgeldtheorie begründet Dominique Voigt damit, »daß Waren vergänglich sind«. Durch das Horten bzw. Sparen von Geld bestehe also die Gefahr, daß Waren nicht auf der Produktion basierend abgenommen werden und andere daraus Profit ziehen. »Das Geld«, begründet er Gesells Theorie, »soll durch den Verlust an Wert schneller ausgegeben werden«. Gegenüber dem »Kommunismus«, in dem »der Staat über die Gewalt verfügt«, sei es doch »emanzipatorisch durch eine angestrebte Regionalisierung unnötige Kosten für Müllverwertung, Transportwege verbunden mit Umweltverschmutzung etc. zu vermeiden, und gleichzeitig den Wert der Waren und deren Produktion wieder auf den Realwert zu beziehen«. Fortschritt beruhe »entweder darauf, andere auszubeuten oder selbst mehr zu arbeiten, vielleicht auch mittels Maschinen, die dann aber auch Energie benötigen«.

»Gesell«, meint Dominique Voigt, »bezeichnete den Zins als Fehler im System und wollte eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, also für ihn ohne Zins. Und worauf beruht denn die Ausbeutung der Entwicklungsländer. Sie basiert auch auf der Auslandsverschuldung, die auch die Industriestaaten nimmer mehr zurück zahlen können. Jetzt könnte man natürlich Keynes kritisieren, aber eigentlich ist doch eine Staatsverschuldung, die nicht mehr bezahlt werden kann, ein feiner linker Ansatz... , wenn man denn nicht mehr auf die Wirtschaft hört.«

G.M.Gassi gehen gegen Blumen gießen

Welchen Wert hat die Arbeit?

Für die Linke ist die historische Wende der neunziger Jahre – Zusammenbruch der kommunistischen Staaten Osteuropas, Rollback des Wohlfahrtsstaates, Entstehung des Neoliberalismus – eine Herausforderung: Einerseits muß man diesen Veränderungen inhaltlich begegnen, andererseits ist man mit der Vorhaltung konfrontiert, sie markierten das Ende des Marxismus und seiner Gesellschaftstheorie. Gleichzeitig stellt die erneut sich zeigende ungebremschte Dynamik des Kapitalismus auch poststrukturalistische Geschichtsansätze und Theorien der demokratischen Selbstbestimmung in Frage.

Andererseits bestätigt die jüngere Generation die Bedeutung von historischer Dynamik und Strukturwandel, was zu einer Neukonzeption von Marx' Kritik der Politischen Ökonomie führen sollte. Um der aktuellen Entwicklung gerecht zu werden, kann diese jedoch nicht an die traditionelle marxistische Kapitalkritik anschließen, die den Kapitalismus in erster Linie als Klassenverhältnis auf der Grundlage von Eigentumsverhältnissen, vermittelt durch die Marktkräfte, beschrieb und ihm einen Sozialismus entgegensetzte, der durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und Zentralplanung gekennzeichnet sei. Dabei handelt es sich nur um die Vorstellung, unter Beibehaltung und analog zur industriellen Produktionsweise Verteilungsgerechtigkeit erzielen zu können.

Ein Ansatz, der keine Basis für eine emanzipatorische kritische Theorie darstellen kann und sich vom tatsächlichen Emanzipationsbedürfnis in den heutigen Industriestaaten weit entfernt hat. Nötig ist also eine Sozialtheorie, welche der historischen Dynamik seit etwa 1980 gerecht wird. Marx' ausgereifte Sozialtheorie stellt dafür eine sehr gute Basis dar.

Zunächst muß man sich klar werden – und das ist ein zentraler Punkt –, daß Marx' Kategorien spezifisch für die kapitalistische Gesellschaftsordnung sind. Keine Theorie, auch nicht die von Marx, ist transhistorisch anwendbar. Auch der Historische Materialismus muß heute als zumindest relativiert gelten.

Marx machte als Grundform des Gesellschaftsverhältnisses im Kapitalismus, als strukturierende und strukturierte Praxis die Ware aus. Die Warenform des Gesellschaftsverhältnisses ist bei Marx durch die Arbeit gekennzeichnet, die in objektivierter Form auftritt und als »konkrete Arbeit« und »abstrakte Arbeit« einen Doppelcharakter hat: »Konkret« ist die allen Gesellschaftsformen eigene Interaktion der Menschen mit der Natur. »Abstrakt« ist die dem Kapitalismus eigene Form des durch die Arbeit bestimmten Gesellschaftsverhältnisses.

In seinem Spätwerk betrachtet Marx das durch die Arbeit vermittelte Gesellschaftsverhältnis nicht mehr als transhistorische Voraussetzung. Vielmehr macht Marx dieses Gesellschaftsverhältnis als das Grundmerkmal der Moderne aus. Wenn die kapitalistische Arbeit aber historisch spezifisch ist, dann sind Ware und Kapital sowohl konkrete Arbeitsprodukte als auch objektivierbare Formen gesellschaftlicher Vermittlung. Diese zweite Funktion haben sie in nichtkapitalistischen Gesellschaften nicht. Das durch die Arbeit vermittelte Gesell-

schaftsverhältnis im Kapitalismus ist von dem Dualismus einer abstrakten, allgemeinen, und einer konkreten, materiellen Dimension geprägt, die beide als »natürlich«, nicht gesellschaftlich vermittelt erscheinen. Dasselbe gilt auch für Besitz: Wert als die dominante Form des Besitzes im Kapitalismus bemißt sich allein in menschlicher Arbeitszeit, ist also durch ein Gesellschaftsverhältnis vermittelt und im Gegensatz zu rein materiellem Besitz historisch spezifisch für den Kapitalismus. Wert ist eine selbstvermittelnde Form des Besitzes; er bemißt sich nach der benötigten Arbeitszeit.

Diese benötigte Arbeitszeit ist keine rein deskriptive Kategorie, sondern sie bezeichnet eine Zeit-Norm, welche den Produzierenden auferlegt wird. Darin manifestiert sich eine neue, abstrakte Form der Herrschaft, welche die Menschen unpersönlichen, zunehmend rationalisierten strukturellen Imperativen und Beschränkungen unterwirft: Die Beherrschung der Menschen durch die Zeit. Diese von Marx im »Kapital« analysierte Herrschaftsform ist als reine Klassenherrschaft nicht ausreichend beschrieben, weil man damit ihrem quasi-objektiven, ortslosen und dynamischen Charakter nicht gerecht würde.

Die historische Dynamik des Kapitalismus führt zu ständigen Transformationen nicht nur des Produktionsprozesses, sondern auch der Gesellschaft. Zur historischen Dynamik des Kapitalismus gehört aber auch, daß sie sich selbst als Konstante des gesellschaftlichen Lebens immer wieder neu produziert: Soziale Vermittlung erfolgt durch Arbeit, menschliche Arbeit bleibt ein unverzichtbarer Teil des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses.

So ist es also kein Wunder, wenn der Kapitalismus bei all seiner Produktivität bisher weder allgemeinen Wohlstand noch deutliche Reduzierungen der Arbeitszeit brachte: Der Kapitalismus selbst verhindert die dafür nötige Neuorganisation des Gesellschaftslebens, für die er doch erst die Voraussetzungen schuf.

Die Marxsche Mehrwerttheorie wird von traditionellen Marxisten häufig auf die – zutreffende – Tatsache reduziert, daß der Mehrwert von der Arbeiterklasse geschaffen wurde. Sie beinhaltet aber auch, daß zu den Kennzeichen des Kapitalismus nicht eine zunehmende Produktion von Waren – also von materiellem Besitz – gehört, sondern eine zunehmende Produktion an Wert – also an Besitz plus sozialer Vermittlung. Dies führt zu einer unkontrollierbaren Art des »Wachstums«, die unter anderem die zunehmende Zerstörung der Natur zur Folge hat. Wer zwischen Besitz und Wert unterscheidet, kann den industriellen Produktions-

prozeß auch nicht als rein technischen begreifen, der lediglich von den Kapitalisten für ihrer eigenen Zwecke mißbraucht wird. Er muß vielmehr zu dem Schluß kommen, daß der Prozeß selbst im wesentlichen kapitalistisch ist. Damit kommt man auch einem der zentralen Paradoxe des Kapitalismus näher: Während er einerseits eine technologische Entwicklung befördert, welche die Wertproduktion zunehmend unabhängig von menschlicher Arbeit macht, findet eine bedeutende Verkürzung der Arbeitszeiten oder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen kaum statt. Statt dessen wird die Arbeit ungleichmäßiger verteilt. Die Struktur von Arbeit und Produktion im Kapitalismus kann also nicht nur mit technologischen Begriffen erfaßt werden, sondern muß in ihrer gesellschaftlichen Dimension gesehen werden.

Marx liefert kein lineares Entwicklungsschema zu einer Gesellschaft jenseits der existierenden Strukturen und Organisation von Arbeit; er sieht Industrieproduktion und Proletariat auch nicht als Grundlagen einer künftigen Gesellschaft. Er argumentiert vielmehr, daß sowohl die auf dem Proletariat basierenden Produktionsverhältnisse als auch das unkontrollierbare Wachstum durch die Warenform vermittelt sind und daß Produktionsverhältnisse und Wachstum in einer Gesellschaft anders aussehen könnten, in welcher materieller Wohlstand den Wert als dominante Form des Wohlstandes verdrängt hätte. Das hat auch zur Folge, daß auch antagonistische Klassengegensätze kapitalismus-spezifisch sind.

Diese Reinterpretation von Marx geht weit über die traditionelle Kritik an den bürgerlichen Verteilungsverhältnissen (Markt und Privateigentum) hinaus; sie ist mehr als nur eine Kritik von Ausbeutung und ungleicher Verteilung von Reichtum und Macht. Sie analysiert die moderne Industriegesellschaft als kapitalistisch und den Kapitalismus als abstrakte Herrschaftsstruktur, als gekennzeichnet von einem zunehmenden Auseinanderfallen von individueller Arbeit und individueller Existenz und einem blinden Glauben an unkontrollierte Entwicklung. Sie sieht die Arbeiterklasse als Grundelement des Kapitalismus und nicht als Verkörperung seiner Negation. Implizit stellt sie ein Konzept in den Raum, in dem der Sozialismus nicht mehr der Selbstverwirklichung von Arbeit und Industrie-Produktion dient, sondern der Abschaffung des Proletariats und der auf ihm basierenden Produktionsform.

Aus einem Vortrag von MOISHE POSTONE am 18.7.2000 in Berlin (http://www.krisis.org/m-postone_welchen-wert-hat-die-arbeit.html).

Keiner war älter als 20...

Wir standen vor den Gräbern der Seelower Gedenkstätte. Vor fast sechzig Jahren tobte hier die letzte Schlacht des zweiten Weltkrieges, die 50.000 Tote auf beiden Seiten forderte. Die in jenen Gräbern liegenden Soldaten waren meist nicht älter als zwanzig Jahre. Sie starben für die Sinnlosigkeit des grausamsten Krieges der Menschheitsgeschichte. Möge die Erinnerung niemals verblassen, damit ihr Opfer nicht umsonst gewesen ist.

Das Museum auf den Seelower Höhen gibt ein lebendiges Zeugnis über das grausame Geschehen in den Apriltagen des Jahres 1945. Eine Filmvorführung ließ das einstige Geschehen vor unseren Augen abrollen und die Vergangenheit holte uns wieder ein, als wäre sie erst gestern gewesen.

Als Vierzehnjährige hörten wir in Finow das Trommelfeuer. Unser Berufsschullehrer nannte es »Frontgeräusch« und schloß die Klassenfenster. Aber das nutzte nicht viel. Noch am selben Tag begann die Flucht nordwärts mit der Bahn. Denn jenes Geräusch kam immer näher, wurde lauter und unheimlicher.

Heute, wir sahen es, ist Seelow eine sauber Kleinstadt, wie auch Wriezen und die Oderbruchdörfer, durch die wir auf dem Weg zur Gedenkstätte führen. Nur die Älteren wissen noch, wie zerstört diese Orte waren und wie verwüstet das Oderbruch. Andachtsvoll blickten wir zur Statue empor, die nach wie vor in das Land hineinschaut als Erinnerung und Mahnung.

KURT GEMPIN, I.G. Denkmalpflege

Kennst du deine Heimatstadt?

Eberswalde (bfg). Die Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft treffen sich am 19. Oktober in der Brunnenstraße 14 zu einem unterhaltsamen Nachmittag. Die Mitglieder stellen sich der Frage »Kennst Du Deine Heimatstadt?«. Dazu wird der Kreisvorsitzende Waldemar Hickel alte Bilder der Stadt Eberswalde vorstellen. Die Veranstaltung beginnt um 14.30 Uhr. Teilnahmemeldung bis 12. Oktober unter Tel. 03334/24896.

Angolaprojekt im Internet

Seit kurzem gibt es eine – wie ich finde – sehr übersichtliche und informative Homepage zum Angola-Projekt des Gymnasiums Finow in Eberswalde. Die Internetpräsenz wurde von Schülern der AG »Amizade« erstellt. Darin geben sie über die geschichtliche Entwicklung und über die aktuelle Arbeit der Schüler-Arbeitsgemeinschaft Auskunft und stellen ihre angolanische Partner vor. Derzeit laufen am Gymnasium die Vorbereitungen für eine neue Begegnungsreise nach Angola. Unter folgendem Link können Sie sich selbst ein genaueres Bild von den Aktivitäten machen: www.afrika.gymnasium-finow.com.

REINHARD WIENKE

Anmerkungen zur Rechtssicherheit

von Dr. A. Molitor

Die deutschen Justizorgane sind zweifellos überlastet und das schon seit Jahren. Das kann an sich niemanden verwundern. Zunächst mußte ja, spätestens ab 1991 in den neuen Bundesländern ein funktionierendes Justizwesen entsprechend der demokratisch-freiheitlichen Grundordnung vollkommen neu aufgebaut werden. Mit den alten Stasi-Staatsanwälten und -Richtern war das natürlich nicht zu machen. Da mußten die Gesetzesbrecher eben noch etwas warten. Es waren die Leute aus der zweiten Reihe, aus den alten Bundesländern, die das seither bewerkstelligt haben.

Hörte man vor Jahren gelegentlich im Fernsehen zu diesem Thema eine vorsichtige Bemerkung wie, es sei für die Rechtssicherheit, vor allem aber für die Erziehung der Täter wenig hilfreich, wenn zwischen verübter Straftat und Anklage vor Gericht mehrere Monate (in einigen Fällen Jahre) verstrichen seien, so sind diese Stimmen inzwischen verstummt. Ich räume aber ohne weiteres ein, es kann gut sein, ich habe die entsprechende Talk-Schow nicht eingeschaltet und dadurch sind mir mahnende Stimmen entgangen. Ganz am Rande bemerkt, Kommentatoren, Show-Master und die Journalisten in den Nachrichtenredaktionen hatten seither natürlich genug Mühe, die wichtigen Meldungen aus aller Welt und aus dem Kanzleramt in der verfügbaren Sendezeit unterzubringen.

Inzwischen, gab es zwei Versuche aus dem Juristenkreis, die Zahl der »unerledigten Fälle« nicht mehr so rasant steigen zu lassen. Ein Richter in Schwedt – oder war es Eisenhüttenstadt – urteilte und verurteilte vor allem junge Straftäter (Kaufhausdiebe, Taschendiebe, junge Arbeitslose, die alten Damen die Handtasche wegnahmen etc.) gewissermaßen im »Schnellverfahren«. Mir ist nicht mehr Erinnerung, hatte er seine Altersgrenze erreicht und wurde pensioniert oder wurde er an die Stätte seines vormaligen Wirkens in einem alten Bundesland zurückversetzt. Woran ich mich deutlich erinnere, der (damals noch) ORB unter dem damaligen Intendanten griff das positive Wirken des Mannes auf. Die Bevölkerung fand, wenn ich mich recht entsinne, das Wirken des Mannes, vor allem was Rechtssicherheit betrifft, recht gut. Allerdings gab es damals im Fernsehen auch politische kritische Stimmen zu dieser Art Rechtsprechung, nur weiß ich leider nicht mehr, worin die Kritik bestand.

Der zweite Versuch – unter dem Herrn Richter Schill in Hamburg, endete wie bekannt freilich kläglich – nicht nur für Richter Schill. Fast könnte man glauben, ein auf seinem Gebiet erfolgreicher Mensch endet mehr oder weniger zwangsläufig im Sumpf, sobald er sich auf die politische Bühne, in den Dunstkreis von Politikern gibt.

Unterstützung haben unsere braven, von Überanstrengung geplagten und ganz und gar unabhängigen Juristen im Land Brandenburg inzwischen auch vom Innenministerium bekommen. Die Polizeireform des Herrn Innenminister war – nach eigener Darstellung – sehr erfolgreich. Jetzt sind viel mehr Polizeibeamte auf der Straße und vermitteln dem Bürger ein Gefühl von Sicherheit. Davon kann sich nun wirklich jeder Bürger, vor allem jeder Autofahrer überzeugen. Es scheint, durch die Polizeireform ist die »kriminelle Energie« erheblich eingedämmt worden, die potentiellen Straftäter »trauen« sich angesichts der vielen Polizeibeamten auf den Straßen einfach nicht mehr, eine Straftaten zu begehen. Inzwischen haben Richter und Strafverfolgungsbehörden gegen die anschwellende Flut von Strafverfahren offenbar auch so etwas wie »Selbstschutz« entdeckt. Nicht nur bewahrt die Selbstschutzmethode die Juristen vor Überanstrengung, es verbessert auch die Statistik, denn Straftaten, die nicht begangen werden, tauchen im »Kriminalitätsbericht« nicht auf, desgleichen Taten, die nicht verfolgt werden.

Bei der Anklagebehörde beginnt es. Ohne Umschweife räume ich ein, die Mitarbeiter der Behörde müssen unterscheiden zwischen »kleinen Vergehen« und Kapitalverbrechen. Von letzteren haben sie offenbar genügend zu verfolgen. Daß aber der Bürger Krikolet stets auf der Strecke bleibt und abgewiesen wird, verwundert den Normalverbraucher doch. Natürlich gibt der zuständige Mitarbeiter stets einen Grund für die Abweisung an. Manchmal greift die Behörde auch zu Gründen, die sie selbst, würde man ihr solches vortragen, wohl als verfolgungswürdig ansähe, nämlich zu Schwindeleien. Das Wort Lüge zu benutzen, verbietet sich wohl im Zusammenhang mit dieser Behörde.

Wie sieht es nun bei den Richtern aus? Nicht viel besser, eher noch schlechter, wobei hier nur von Richtern der »untersten Kategorie«, nämlich an Amtsgerichten die Rede sein soll. Die sind so mit Arbeit eingedeckt, daß sie, ohne jeden Skrupel »im Namen des Volkes« (fehl)urteilen und zur Begründung u.a. anführen »es sei nicht Aufgabe des Gerichts, sich Begründungen aus Anlagen zusammenzusuchen«. Und ein Urteil vom Amtsrichter, ist es erst mal ergangen, steht felsenfest. Gelegentlich wird auch ein kleiner Schwindel oder etwas, was ich Urkundenfälschung nenne, aufgetischt, eine Verfahrensweise, die sie selbst, wenn ich an Fernsehfilme denke, gar nicht schätzen.

Trotz allem haben wir, wenn auch hin und wieder so kleine Ausrutscher passieren, gottlob Rechtssicherheit in unserem Lande. Wie sagten doch die alten Deutschen?

»Wo gehobelt wird, da fallen Späne«.

Offene Worte mit Dagmar Enkelmann

Das Fünfzigste Mal

Nach einer etwas längeren Sommerpause, dem Brandenburger Landtagswahlkampf geschuldet, fanden sie nun am vergangenen Sonntag, endlich statt – die 50. »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann«.

Die Besonderheit dieser Jubiläumsveranstaltung bestand darin, daß die sonstige Gastgeberin, die wiedergewählte Landtagsabgeordnete Dagmar Enkelmann, nun selber Rede und Antwort stand. Ins Kreuzverhör wurde sie durch die neu gewählte Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt und den Journalisten Jörg Staudenommen. Und trotz der relativen Kurzfristigkeit schienen viele Gäste an den Hintergründen interessiert zu sein, warum z.B. durch die PDS die Sondierungsverhandlungen abgebrochen wurden, mit welchen Ansprüchen man als Opposition im Landtag aktiv werden will, welche konkreten Konzepte für die Wirtschaft, Arbeitsmarkt und auch Bildung seitens der PDS vorliegen und wie sich die regierenden Parteien weigern, diese als Vorschläge der PDS zu akzeptieren.

In 50 Veranstaltungen unterhielt sich Dagmar Enkelmann mit ihren Gästen aus Wissenschaft, Kultur, Politik und Sport. Gereizt hat sie eigentlich nur die Neugier auf die Men-



schen in ihrer Umgebung. Und natürlich kamen Fragen nach dem ersten Gast, nach Kuriositäten in den Gesprächsrunden, welchen Gesprächspartner würde sich Dagmar Enkelmann noch einmal einladen, wie bereitet sie sich auf ihren Gast vor, wird beim anschließenden gemeinsamen Mittagessen noch weiter diskutiert, oder eben auch die Frage nach dem teuersten Gesprächspartner. Auf all diese und noch viel mehr Fragen antwortete Dagmar Enkelmann in gewohnter Weise – eben mit offenen Worten.

Mögen es noch mindestens weitere 50 »Offene Worte« geben, denn jede einzelne Veranstaltung hat ihr eigenes Flair.

BÄRBEL MIERAU (Text und Foto)

Umweltschutz bleibt eines der wichtigsten Anliegen

Trotz sozialer Ängste bleibt der Umweltschutz eines der wichtigsten Anliegen der Bundesdeutschen. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Emnid-Instituts im Auftrag des Greenpeace Magazins. Von den 1.005 Befragten über 14 Jahren sorgen sich 81 % um die Umwelt. 90 % sehen in der Verschwendung der Energievorräte das schwerwiegendste Umweltproblem, dicht gefolgt von Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung (89 %) und Klimawandel (87 %). 71 % stehen genmanipulierten Lebensmitteln ablehnend gegenüber. 63 % befürworten den Atomausstieg. 85 % der Befragten halten die derzeitige finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien für richtig bzw. würden diese weiter verstärken (59 %). Immerhin 89 % nennen den Treibstoffverbrauch als ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Kauf des nächsten Autos.

Bei der Frage nach der Umweltkompetenz der Parteien liegen Bündnis 90/Die Grünen klar in Front. 40 % der Befragten sprechen den

Bündnisgrünen die höchste Umweltkompetenz zu, gefolgt von CDU/CSU mit 12 % und SPD mit 5 %. Nicht nur die eigenen Anhänger sehen bei den Grünen die höchste Kompetenz zur Lösung der Umweltprobleme. Auch 49 % der SPD-Wähler, 40 % der FDP- und 45 % der PDS-Wähler setzen in Sachen Umwelt auf die Grünen. Nur bei CDU/CSU-Anhängern schneidet die Umweltpolitik der eigenen Partei mit 37 % besser ab als die der Grünen mit 32 %.

Uta Leichsenring, die zu den Landtagswahlen für die Bündnisgrünen kandidierte, bemerkte zu diesem Ergebnis: »Wir werden uns konsequent für eine nachhaltige und zukunftsfähige Politik einsetzen. Dazu zählt zum Beispiel ein sinnvoller Energiemix mit einem größeren Anteil regenerativer Energie aus der heimischen Land- und Forstwirtschaft. Auch beim Verbraucherschutz und dem Schutz gentechnikfrei produzierender Landwirte wird auf die Grünen Verlaß sein.«

THORSTEN KLEINTEICH, B90/Grüne Barnim

»Wirtschaftsförderung, wie ich sie mir vorstelle«

Vor einigen Wochen erhielten wir den Fördermittelbescheid für die Abschlußinvestition für unser Krankenhaus. Wir werden mit der Realisierung des 4. Bauabschnitts in Höhe von ca. 25 Mio Euro in den nächsten Monaten beginnen. Insgesamt sind damit ca. 120 Mio Euro Investitionen in unser Krankenhaus geflossen, d. h. umgerechnet für 1000 Bauarbei-

ter ein Jahr lang Lohn und Brot. Im gleichen Zeitraum hat sich die Leistung des Krankenhauses für unsere Bürger verdoppelt und es sind über 200 neue Beschäftigte eingestellt worden.

Das ist Wirtschaftsförderung, wie ich sie mir vorstelle.

BODO IHRKE, Landrat

Pizzabestellung 2015

Pizzamann: »Danke, daß Sie Pizza Hut angerufen haben. Kann ich Ihre NIDN haben?«

Kunde: »Meine Nationale ID Nummer, ja, warten Sie, die ist die 6102049998-45-54610.«

P: »Vielen Dank, Herr Schwarzt. Sie wohnen in der Rosenstraße 25 und Ihre Telefonnummer lautet 89 568 345. Ihre Firmenummer bei der Allianz ist 74 523 032 und Ihre Durchwahl ist -56. Von welchem Anschluß aus rufen Sie an?«

K: »Hä? Ich bin zu Hause. Wo haben Sie alle diese Informationen her?«

P: »Wir sind an das System angeschlossen.«

K: (seufzt) »Oh, natürlich. Ich möchte zwei von Ihren Spezial-Pizzen mit viel Fleisch bestellen.«

P: »Ich glaube nicht, daß das gut für Sie ist.«

K: »Wie bitte??!!«

P: »Laut Ihrer Krankenakte haben Sie einen zu hohen Blutdruck und extrem hohe Cholesterinwerte. Ihre Krankenkasse würde eine solche ungesunde Auswahl nicht gestatten.«

K: »Verdammt! Was empfehlen Sie denn?«

P: »Sie könnten unsere Soja-Joghurt-Pizza mit ganz wenig Fett probieren. Sie wird Ihnen bestimmt schmecken.«

K: »Wie kommen Sie darauf, daß ich das mögen könnte?«

P: »Sie haben letzte Woche das Buch 'Sojarezepte für Feinschmecker' aus der Bücherei ausgeliehen. Deswegen meine Empfehlung.«

K: »Ok, ok. Geben Sie mir zwei davon in Familiengröße. Was kostet der Spaß?«

P: »Das sollte für Sie, Ihre Frau und Ihre vier Kinder reichen. Das 45 Euro.«

K: »Hier ist meine Kreditkartennummer...«

P: »Es tut mir leid, aber Sie werden bar zahlen müssen. Ihr Kreditrahmen ist überzogen.«

K: »Ich laufe runter zum Geldautomaten und hole Bargeld, bevor Ihr Fahrer hier ist.«

P: »Das wird wohl auch nichts. Ihr Girokonto ist auch überzogen.«

K: »Egal. Schicken Sie einfach die Pizza los. Ich werde das Geld da haben. Wann sind Sie da?«

P: »Wir hängen ein wenig hinterher. Es wird 45 Minuten dauern. Wenn Sie es eilig haben, können Sie sie selbst abholen, wenn Sie das Geld besorgen, obwohl der Transport von Pizza auf dem Motorrad immer etwas schwierig ist.«

K: »Woher wissen Sie, daß ich Motorrad fahr?«

P: »Hier steht, daß Sie wegen Rückstands der Ratenzahlungen Ihren Wagen zurückgeben mußten. Aber Ihre Harley ist bezahlt, also nehme ich an, daß Sie die benutzen.«

K: »@#%/\$@&?#!«

P: »Achten Sie lieber darauf, was Sie sagen. Sie haben sich bereits im Juli 2006 eine Verurteilung wegen Beamtenbeleidigung eingefangen.«

K: (sprachlos)

P: »Möchten Sie noch etwas?«

K: »Nein, danke. Oh doch, bitte vergessen Sie nicht, die beiden kostenlosen Liter Cola einzupacken, die es laut Ihrer Werbung dazu gibt.«

P: »Es tut mir leid, aber die Ausschlussklausel unserer Werbung verbietet es uns, kostenlose Softdrinks an Diabetiker auszugeben.«

(aus »list48«)

Ökostrom als preiswerte Alternative

Was liegt bei ständig steigenden Energiepreisen näher, als auf einen ökologischen und preisgünstigeren Stromanbieter zu wechseln. Leider hat der Attac-Rat auf einen derartigen Vorschlag nicht einmal annähernd reagiert und versucht lieber weiter das neoliberale Welthandels- und Finanzsystem zu erklären, als praktisch und relativ einfach an dessen Veränderung mitzuwirken.

Eine gerechte Welt bedarf Energie, um technologische Vorgänge zu ermöglichen. Fossile und nukleare Energieträger verursachen nicht nur den apokalyptischen Klimawandel, sondern lassen ganze Länder in den Krieg ziehen. Die (Re-)Import-Kosten für Erdöl liegen für die Entwicklungsländer schon heute in Höhe der weltweit gezahlten Entwicklungshilfegelder und Klimakatastrophen treffen immer zuerst die Armen in der Welt. Petrodollarregime unterdrücken überall auf der Welt die eigene Bevölkerung, um sich den Profit zentral zu sichern. Der Energiesektor war und ist der mächtigste und einflussreichste Wirtschaftssektor im Kapitalismus und auch in den bisherigen sozialistischen Modellen. Für eine weltweite und regionale Demokratisierung im Energiesektor ist es unabdingbar, daß die Bürgerinnen und Bürger selbst auf Erneuerbare Energien umsteigen. Energiegewinnung aus Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Geothermie kann das Vielfache des weltweiten Energiebedarfs decken, auch wenn der allmächtige Energiesektor das Gegenteil behauptet. Dieser be-

zieht übrigens weit mehr staatliche Subventionen als die Erneuerbaren Energien.

Erneuerbaren Energien binden Wirtschaftskreisläufe an die Regionen. Es entstehen regionale Arbeitsplätze und die betreffende Region kann sich durch die amortisierende Wirkung der Erneuerbaren Energien relativ schnell von externer und profitorientierter Energie unabhängig machen. Durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist es sogar möglich, eigene Energieüberschüsse in Stromnetze zu speisen und dafür Entlohnung zu erhalten.

Deshalb: Stromanbieterwechseln und eigene Kompetenzen ausbauen!

DOMINIQUE VOIGT

Links: www.gruenerstromlabel.de/oekostromanbieter.php; www.verivox.de/Power/Partners; www.verivox.de/Power/Calculator.asp?Oeko=on&Act=true; Literaturhinweis und ergänzende Worte: listi.jpberlin.de/pipermail/wto-kritik/2004-July/000704.html

Solarstrominfos

Eberswalde (kh/bbp). Das Energiesparkontor Barnim beriet am 30. September u.a. über die geplante Errichtung einer Bürger-Photovoltaikanlage. Außerdem gab es Informationen über die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) und über die Photovoltaikanlage auf Basis von Sarnofil sowie über die Präsentation alternativer Energien auf dem Brandenburger Tag. Ein weiteres Thema war die Frage, wie weiter mit BARUM 111.

Versteigerung in der Mühle

Mit der nunmehr 65. Kunstaussstellung in den Räumen der Zainhammer Mühle (Eberswalde) findet der Ausstellungssommer des Kunstvereins »Die Mühle e.V.« seinen diesjährigen Abschluß. Unter dem Titel »E 750« präsentieren die Künstler und Kunsthandwerker des Eberswalder Vereins ihre neuesten Arbeiten in einer großen Gemeinschaftsausstellung. Die Ausstellung kann noch bis zum 17. Oktober 2004 jeweils an den Sonnabenden und Sonntagen besucht werden, geöffnet ist von 14:30 bis 18:00 Uhr.

Zum Abschluß findet am Sonntag, den 17. Oktober die jährliche Kunst-Auktion in der Zainhammer Mühle statt. Zum achten Mal können die Arbeiten der Mühlenkünstler versteigert werden. Der Erlös soll zum Erhalt des historischen Gebäudes verwendet werden. Beginn der Versteigerung ist 15 Uhr.

ELLEN BEHRING

Friedensbündnis

Eberswalde (bbp). Nach umfangreichen Aktivitäten im Frühjahr (Mahnwache zum Jahrestag des Irakkrieges, Antikriegsausstellung in der Sparkasse, Proteste anlässlich der Luftwafenausstellung in Eberswalde) traf sich das Eberswalder Bündnis für den Frieden nach längerer Pause am 4. Oktober, um über künftige Aktionen zu beraten. Bereits am Rande der Montagsdemos hatten einige Bündnismitglieder über mögliche Aktivitäten im Zeitraum der Friedensdekade der evangelischen Kirche (7.-17.11.) gesprochen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die weitere Unterstützung der Eberswalder Montagsdemos durch das Friedensbündnis. Der im Kreis der Organisatoren der Montagsdemo diskutierte Vorschlag zur Etablierung eines »Eberswalder Sozialforums« findet die Unterstützung der Friedensfreunde.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 2. Oktober 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30.10.2004, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe

Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)

ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)